

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Deutsche Zusammenarbeit mit der SPTO

Die *Südpazifische Tourismusorganisation* (South Pacific Tourism Organisation, SPTO) und die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) haben ein *Memorandum of Understanding* (MoU) über zukünftige Zusammenarbeit geschlossen. Ende April unterzeichneten Papi'i Sonja Hunter von der SPTO und Dr. Wulf Killmann von der GIZ in Suva (Fidschi) die entsprechenden Verabredungen. Demnach soll die GIZ vor allem die Hotels und Gaststätten in der Region zur Nutzung erneuerbarer Energien und zu Energiesparmaßnahmen in den Betrieben beraten. Dies soll durch Seminare und Workshops geschehen.

Das Büro von Dr. Killmann in Suva koordiniert das Programm „Coping with Climate Change in the Pacific Islands Region“. Mit der vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien kann die Umwelt geschützt und die Folgen des Klimawandels auf die pazifischen Inselstaaten verringert werden, wie der geschäftsführende Direktor der *Pacific Community*, Dr. Colin Tukuitonga, anlässlich der MoU-Unterzeichnung erklärte. Die Tourismusindustrie sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Bewohner Ozeaniens und biete vielen Menschen Lohn und Brot. Der Klimawandel habe Auswirkungen auf den Tourismus, deshalb seien alle Gegenmaßnahmen sehr zu begrüßen, so Tukuitonga.

Sonja Hunter von der SPTO begrüßte die Zusammenarbeit mit der GIZ und wies darauf hin, dass das Jahr 2017 von den Vereinten Nationen zum „International Year of Sustainable Tourism for Development“ ausgerufen worden sei. Dies zeuge ebenfalls von der Bedeutung des nachhaltigen Tourismus für viele Staaten. Res-

sourceenschutz sei ein wichtiges Thema im Tourismus. Hier könne die GIZ mit ihrer Expertise gut unterstützen. (*Samoa Observer* 27.04.17, <https://www.giz.de/en/worldwide/14200.html>)

UN-Ozeankonferenz unter Leitung von Fidschi in New York

Vom 5. – 9. Juni 2017 fand in New York unter Leitung von Fidschi und Schweden die erste Welt-Ozeankonferenz der Vereinten Nationen (UN) statt. Neben Delegationen aus nahezu allen Ländern der Welt nahmen auch mehrere 1.000 Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen an der Konferenz teil, um über den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Ozeanen zu diskutieren. Somit war die Konferenz – gemessen an der Teilnehmerzahl – die größte internationale Konferenz seit der Weltumweltkonferenz im Jahr 1972 in Stockholm.

Eröffnet wurde die Ozeankonferenz im Beisein von UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit einer traditionellen fidschianischen Zeremonie unter anderem mit pazifischen Tänzen und Kava. Außerdem spielte die *Republic of Fiji Military Forces Band*.

Redebeiträge gab es unter anderem vom fidschianischen Premierminister Voreqe Bainimarama und dem ebenfalls aus Fidschi stammenden derzeitigen Präsidenten der UN-Generalversammlung, Peter Thompson. In ihren Statements wiesen sie ebenso wie die Staats- und Regierungschefs anderer pazifischer Inselstaaten auf die große Bedeutung des Pazifischen Ozeans für die Menschen im Pazifik hin. Thompson sagte, die Zeit sei gekommen, falsches Verhalten der Vergangenheit zu korrigieren. Man sei in New York zusammengekommen, um Nachhaltigkeit, Ausgewogenheit und Respekt zu der Quelle allen Lebens, den Ozeanen, zurückzubringen.

Die Konferenz steht in engem Zusammenhang mit der 2015 von

allen Ländern der Welt beschlossenen *Agenda 2030* für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung. Die *Agenda 2030* stellt einen globalen Aktionsplan hin zu einer besseren und nachhaltigeren Welt im Jahr 2030 dar, während die einzelnen Ziele für nachhaltige Entwicklung verschiedene Aspekte wie die Bekämpfung von Hunger und Armut, die Verbesserung von Bildung und Gesundheitsvorsorge, das Schaffen von Geschlechtergleichheit, aber auch Klima- und Umweltschutz beinhalten. Insbesondere auf Drängen kleiner Inselstaaten waren dabei in Ziel Nr. 14 auch explizit die Ozeane und das Leben unter Wasser aufgenommen worden. So spiegelt auch der vollständige Name der Konferenz (*Conference on the Implementation of Sustainable Development Goal No. 14*) wider, dass es um die Umsetzung dieses Ziels geht. Dabei gibt es jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, ob der Fokus bei der Umsetzung auf dem Schutz der Ozeane oder der nachhaltigen Nutzung liegen sollte. So kritisierten Nichtregierungsorganisationen, dass es zu Beginn der Konferenz in New York viel um die Nutzung gegangen sei und die Gefahr bestünde, dass die Nachhaltigkeit nicht ausreichend mitgedacht würde.

Auf der Tagesordnung standen zahlreiche Themen: Von der Bekämpfung der Überfischung und einer besseren Kontrolle von Seegebieten, über Klimaschutz und die Einrichtung von Meeresschutzgebieten bis zur Suche nach Lösungen für die extreme Vermüllung der Ozeane und die Förderung von nachhaltigem Ozean-Tourismus. Am Ende der Konferenz soll ein sogenannter *Call for Action* mit Maßnahmen, die von allen Ländern ergriffen werden sollen, stehen. Darüber hinaus setzt die Konferenz aber, wie bei vergleichbaren UN-Konferenzen üblich, vor allem auf Selbstverpflichtungen und das Abgeben freiwilliger Versprechen durch die Mitgliedsstaaten. Bereits vor Ende der Konferenz

wurde die Zielmarke von 1.000 freiwilligen Versprechen gebrochen, die im Laufe der Konferenz von Regierungen, aber auch von Unternehmen und internationalen Organisationen eingereicht worden waren. Darunter befinden sich beispielsweise finanzielle Zusagen zur Unterstützung von Inselstaaten bei der Überwachung ihrer Seegebiete, Versprechen zur Einrichtung von Meeresschutzgebieten oder zusätzliche Auflagen für Fischereiflotten.

Einen ausführlichen Rückblick auf die Konferenz und die Beschlüsse gibt es in der kommenden Ausgabe der pazifik aktuell.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsvorsitzendem Oliver Hasenkamp, Berlin. Fiji Sun 31.5.2017, 6.6.2017, Radio New Zealand International 5.6.2017, UN News Center 5.6.2017, AFP 5.6.2017, Tagesschau 6.6.2017, ZDF heute 6.6.2017, taz 7.6.2017, UN Live Television, Twitter, Facebook, eigene Recherchen und Gespräche)

ADB unterstützt Fidschi bei Ausrichtung der Klimakonferenz

Die Asiatische Entwicklungsbank *Asian Development Bank* (ADB) unterstützt Fidschi finanziell mit 1,5 Millionen US-Dollar bei der Ausrichtung der 23. Weltklimakonferenz vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn. Mit weiteren einer Million US-Dollar will die ADB die Teilnahme von Delegationen aus pazifischen Kleininselländern an der Weltklimakonferenz fördern.

Stephen Groff, der Vizepräsident der ADB für die Region Asien-Pazifik, erklärte bei einem Treffen mit Aiyaz Sayed-Khaiyum, dem fidschianischen Wirtschafts- und Umweltminister, zudem die Erhöhung der Fördersumme, die die ADB bis zum Jahr 2020 in regionale pazifische Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels investieren will. So sichert die ADB den pazifischen Inselstaaten nun sechs Milliarden US-Dollar zu.

Info: Die internationale Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN), also die so genannte Ver-

tragsstaatenkonferenz (englisch: *Conference of the Parties, COP*), versammelt sich zum 23. Mal und trägt daher die Abkürzung COP 23. Zusätzlich treffen sich noch fünf weitere Gremien unter der Rahmenkonvention. Erwartet werden bis zu 20.000 Teilnehmer. (<https://www.adb.org/news/adb-support-fijis-cop-23-presidency-join-advisory-panel>)

Erklärung zum Schutz der Wale

Elf pazifische Staaten haben die „*Pacific Islands Year of the Whale Declaration 2016/2017*“ unterzeichnet. Die Vertreter der Mitgliedsstaaten des *South Pacific Regional Environment Programme* (SPREP) hatten sich vom 4. bis zum 6. April in der tongaischen Hauptstadt Nuku'alofa anlässlich des diesjährigen „Jahres des Wals“ zu einer Fachtagung mit dem Titel „Whales in a changing Ocean“ getroffen.

In der gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich die Unterzeichner zum Schutz der Wale vor allem vor der Treibnetzfisherei und der Tötung durch japanische Walfänger. Dazu heißt es wörtlich in der Erklärung: „Recognise that *lost and abandoned fishing gear is one of the most harmful forms of marine debris for whales, and that accelerated action to prevent and significantly reduce marine pollution is needed*“.

Die Erklärung kann noch bis zum 31. Dezember des Jahres von weiteren Pazifikstaaten unterschrieben werden. Zu den Erstunterzeichnern gehören: Tonga, Australien, Neuseeland, Neukaledonien, Tuvalu, Palau, Fidschi, Tokelau, die Cook-Inseln, Samoa und Papua-Neuguinea.

Die Konferenzteilnehmer entwickelten zudem den „Whale and Dolphin Action Plan 2018-2023“.

(<http://www.sprep.org/biodiversity-ecosystems-management/11-sprep-members-sign-on-to-pacific-whale-declaration>)

Samoanischer Journalist ausgezeichnet

Der Chefredakteur der samoanischen englischsprachigen Tageszeitung *Samoa Observer*, Mata'afa Keni Lesa, hat den renommierten Journalismuspreis *Boerma Award* der Welternährungsorganisation FAO erhalten. Er teilt sich die Auszeichnung mit der kenianischen Journalistin Zeynab Zandati.

Lesla ist der erste Journalist aus dem Pazifik, dem dieser Preis zuerkannt wurde. Er arbeitet seit 18 Jahren für den *Samoa Observer*, davon die letzten zehn Jahre als Chefredakteur. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter. Der Journalist bekam den Preis nun für sein Engagement zuerkannt, Themen wie Ernährungssicherheit und Entwicklung im ländlichen Raum allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit transportiert zu haben.

Info: Der Boerma Award erinnert an Addeke Hendrik Boerma, der von 1968 bis 1975 Direktor der FAO war und unter dessen Leitung Lösungsvorschläge für die globale Ernährungssituation und drohende Nahrungsmittelknappheit entwickelt wurden. Der Preis wird seit 1979 jährlich an Journalisten oder Journalistenkollektive vergeben, die sich in besonderer Weise der Weitergabe von Informationen über die Ernährungssicherheit annehmen. Das Preisgeld beträgt 10.000 US-Dollar, dazu erhält jeder Geehrte eine Plakette sowie eine Auflistung seiner Leistungen in einem besonderen Dokument der FAO. (*Samoa Observer* 31.05.17, <http://www.fao.org/fao-awards/conference-awards/ah-boerma/en/>)

Ni-Vanuatus bei Robotik-Wettbewerb

Drei Schülerinnen aus Vanuatu werden ihr Land beim ersten *Global Robotics Competition* vom 16. bis zum 18. Juli in Washington (USA) vertreten. Lana Moliurua von der Epauto Schule, Lilia Rap-

tigh von der Central School und Casanda Olul vom Malapoa College gehören zum Computerclub *SMART Sistas* aus Port Vila. Den Computerclub für Frauen und Mädchen gibt es seit 2014. Er entstand aus einer Initiative eines Mitarbeiters des *Peace Corps*, der den Mangel an Frauen in der Informationstechnologie bemerkt hatte. Inzwischen haben bereits zehn Mädchen einen Programmier- und Robotik-Kurs erfolgreich abgeschlossen.

Info: Zum ersten globalen Robotik-Wettbewerb in Washington werden Dreier-Teams aus 160 Staaten erwartet. Der Wettbewerb wird zum Thema eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet „Zugang zu sauberem Wasser“. Die Programmierer sollen während des Wettbewerbs Spiele und Apps entwickeln, die sich mit dem Thema Trinkwasser, Wassermangel und Wasserversorgung beschäftigen. In multinationalen Teams sollen sie sich überlegen, mit welchen technischen Hilfsmitteln Trinkwasser gelagert und aufbereitet werden kann und wie neue Wasserquellen erschlossen werden können.

Bereits im März wurde allen teilnehmenden Teams ein Set mit Materialien zugeschickt, aus denen sie bereits in ihren Heimatländern ferngesteuerte Roboter basteln können. Die Mädchen aus Vanuatu programmieren derzeit ein Auto mit Wassertank, das sich in der Fläche bewegen kann. (*Vanuatu Daily Post* 14.05.17, <http://first.global/fgc/global-first-challenge/>)

† Ben Finney

Der amerikanische Anthropologe Ben Rudolph Finney starb am 23. Mai im Alter von 83 Jahren in Honolulu. Er galt als herausragender Kenner der polynesischen Navigator-Kunst und hatte sich zeit seines Lebens mit der Geschichte des Wellenreitens und der Navigation in Ozeanien beschäftigt. Im Zuge seiner Forschungen ließ er 1975 das Doppel-Auslegerboot Hokule'a in Hawai'i nach traditio-

nellen Techniken nachbauen. Im Rahmen der Wiederbelebung traditioneller Navigiertechniken gründete Finney mit Freunden 1973 die bis heute aktive *Polyneesian Voyaging Society*. Diese hat die Weltumsegelung der Hokule'a organisiert. Sie startete im Mai 2014 in Hawai'i und wird zwischen dem 18. und 20. Juni dieses Jahres in Honolulu zurückerwartet.

Der 1933 in Kalifornien geborene Finney studierte an der *University of Hawai'i* und machte dort 1959 sein Examen mit einer Arbeit zu „Hawaiian Surfing: a Study of Cultural Change“. Anschließend promovierte er 1964 in Havard. Von 1970 bis 2000 war er Professor für Anthropologie an der *University of Manoa* in Hawai'i. Neben vielfältigen Aufgaben auch bei der NASA und in der Raumfahrt war Finney ebenfalls Berater für das renommierte ethnologische *Bishop Museum* in Hawai'i.

Mit seinen ethnologischen Studien zur Navigation der Polynesier konnte Finney nachweisen, dass die pazifischen Inseln nicht zufällig von Einwanderern aus Taiwan entdeckt worden waren, sondern dass die frühen Siedler gezielt mit hochseetüchtigen Auslegerbooten auf die Suche nach neuen Inseln gegangen waren. Damit konnte Finney die in den 1960er und 1970er Jahre vorherrschende These widerlegen, der Pazifik sei planlos und unsystematisch eher zufällig besiedelt worden. (*Honolulu Star Advertiser* 01.06.17, *Radio NZ Intern.* 25.05.17, <http://www.hokulea.com/worldwide-voyage/>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Somare geht in Rente

Mit einer feierlichen Entpflichtungszeremonie ist Sir Michael Somare nach 49 Jahren Tätigkeit als Parlamentarier für die Provinz

East Sepik vom Parlament in den Ruhestand verabschiedet worden. Am 4. April 1968 hatte Somare erstmal als neu gewähltes Mitglied an einer Parlamentssitzung teilgenommen, deshalb fiel die Verabschiedung nun auch auf den 4. April 2017.

Im restlos gefüllten Parlament, auf dessen Zuschauertribüne auch etliche Schulklassen saßen, hielt Somare eine bewegende Rede, in der er auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten einging. Immer wieder von Beifallsrufen und Klatschen unterbrochen, erhoben sich die Parlamentarier und Gäste zum feierlichen Auszug des altgedienten Politikers, der das Haus am Arm seiner Ehefrau Veronica verließ und draußen die jubelnde Menge begrüßte.

Info: Sir Michael Somare wurde am 9. April 1936 in Rabaul (Neubritannien) geboren. Der studierte Lehrer war mehrfach Premierminister von Papua-Neuguinea. In seiner ersten Amtszeit von 1975 bis 1980 führte er den Inselstaat in die Unabhängigkeit. Er bekleidete das Amt des Premiers erneut von 1982 bis 1985 und von 2002 bis 2011. Früher war Somare Mitglied der *Pangu Party*, jetzt ist er Führer der *National Alliance Party*. Seit 1965 ist Somare mit Lady Veronica verheiratet, das Paar hat fünf erwachsene Kinder. (*Post-Courier* 04.04.17, *Radio NZ Intern.* 05.04.17, *Wikipedia*)

Parlamentswahlen

Mit Abschluss des Nominierungsverfahrens der Kandidaten für die Parlamentswahl hatten sich 2.614 Kandidaten aufstellen lassen, darunter nur 134 Frauen.

Vor einigen Monaten hatte die neuguineische Wahlkommission noch damit gerechnet, dass sich mehr als 4.000 Menschen aufstellen lassen würden.

Vom 24. Juni bis zum 8. Juli wählen die wahlberechtigten Bürger im präferentiellen Wahlsystem.

Jeder Wähler hat drei Stimmen, der Kandidat mit mehr als 50 % aller Stimmen gilt als gewählt. Insgesamt sind 110 Plätze im Parlament zu besetzen. Spannend ist, wer den Wahldistrikt East Sepik künftig im Parlament vertreten wird. Der jetzt pensionierte Sir Michael Somare hatte seit 1968 ohne Unterbrechung für diesen Bezirk im Parlament gesessen.

Die Wahlen zum neunten Parlament des seit 1975 unabhängigen Staates stehen unter dem Slogan „Your Choice - Protect our Democracy“: (<http://www.pnhec.gov.pg/>, *Post-Courier* 27.04.17)

Mobile Schulen

Mit der Einführung von „mobilen Schulen“ will der neuguineische Bildungsminister Dr. Uke Kombra der Bildungsmisere begegnen. Man spräche immer nur von den rund 2,2 Millionen registrierten Kindern und Jugendlichen im Schulsystem, nicht aber von den rund 500.000 Kindern ohne Zugang zu formaler Bildung. Hier handele es sich überwiegend um Kinder und Jugendliche in entlegenen Regionen des Landes, die infrastrukturell kaum erschlossen seien. Diesen Kindern nütze es auch nichts, dass die Regierung vor einigen Jahren eine „Free education policy“ eingeführt hätte, also eine Befreiung von den Schulgebühren.

Kombra begrüßte deshalb das Engagement der einheimischen Kinderschutzorganisation *Life PNG Care* und die finanzielle Unterstützung durch die *National Development Bank* bei der Einrichtung von mobilen Klassenzimmern. Diese sollten dort eingerichtet werden, wo es keine Schulhäuser oder Kindergärten gebe.

Die beiden ersten mobilen Klassenzimmer wurden jetzt in der Umgebung von Port Moresby aufgebaut. Es handelt sich dabei um einen ausgedienten Bus sowie um ein großes Zelt. Lehrer bringen im Bus alle Unterrichts-

materialien mit und unterrichten an fünf Tagen pro Woche einige Stunden im Zelt. Minister Kombra nahm an der feierlichen Einführung des mobilen Klassenzimmers in Baruni bei Port Moresby teil (*The National* 04.02.17, <http://www.lifepngcare.org/life-care-programs/>)

Hohe Aids-Rate

Nach Angaben von Valentine Tangoh, Projektmanagerin im Sekretariat des *National Aids Council*, hat Papua-Neuguinea eine der höchsten Aids-Raten in Ozeanien. Tangoh sprach im Rahmen eines Workshops kirchlicher Mitarbeitender in Port Moresby über die Bedrohung durch die Immunschwächekrankheit.

0,8 % aller Männer und Frauen zwischen 15 und 49 Jahren sind mit dem Virus infiziert. Die meisten Kranken gibt es in den Hochlandprovinzen. Über 19 % aller Prostituierten sind erkrankt, auch 8,8 % männliche Sex-Arbeiter haben sich mit dem Virus angesteckt.

Tangoh erklärte, es herrsche eine hohe gesellschaftliche und auch familiäre Stigmatisierung der Erkrankten. Gerade die Kirchen müssten darauf hinarbeiten, Aidskranke besser in die Gemeinden zu integrieren. (*The National* 16.03.17)

17 Tote nach Gefängnisausbruch

Bei einem Massenausbruch aus dem Gefängnis Buimo bei Lae sind Mitte Mai 17 Menschen getötet worden. Insgesamt waren 77 Häftlinge ausgebrochen, drei von ihnen konnten lebend gefangen genommen werden, 17 wurden auf der Flucht erschossen. 57 Häftlinge sind noch auf der Flucht.

Der Polizeikommandant der Stadt Lae, Anthony Wagambie, mahnte die Bevölkerung zur Vorsicht, denn bei den entlaufenen Straftätern handelt es sich überwiegend

um gewaltbereite junge Männer. Familienangehörige sollten die Häftlinge nicht aufnehmen, sondern wieder an die Polizei ausliefern, bat der Kommandant. (*Post-Courier* 15.05.17, *Human Rights Watch* 17.05.17)

Betelnüsse wieder erlaubt

Der Gouverneur des *National Capital District* (Hauptstadt Port Moresby), Powes Parkop, hat das Verbot des öffentlichen Betelnusskauens und Verkaufens Anfang Mai für seinen Distrikt aufgehoben. Ab sofort sei es Straßenverkäuferinnen wieder erlaubt, Betelnüsse zu verkaufen. Die Polizei habe kein Recht mehr, die Verkäufer zu vertreiben und Betelnüsse dürften wieder öffentlich in der Stadt konsumiert werden. (*The National* 05.05.17)

Ukrainer planen Geschäftszentrum

Nach Angaben des Kandidaten der Partei *SOM Pioneer Party*, Terry Daniel, plant ein ukrainisches Firmenkonsortium den Bau eines multifunktionalen Geschäftskomplexes in Angoram in der Provinz East Sepik. *Vitis Industries Ltd.* plant den Bau eines vierstöckigen Hotelkomplexes, eine dreistöckige Shopping Mall sowie ein zweistöckiges Bürogebäude, erklärte Daniel am Rande einer Wahlveranstaltung. Das „Moussin Plaza“ werde Arbeitsplätze schaffen und Angoram wieder zu alter Größe verhelfen, erklärte Daniel, bis vor kurzem noch Direktor des Sekretariats für Nahrungsmittelhygiene im Gesundheitsministerium von Papua-Neuguinea und jetzt Kandidat für die *Pioneer Party* in der Provinz East Sepik. (*Post-Courier* 26.05.17)

Doppelte Staatsbürgerschaft

Die im Februar eingebrachte Gesetzesvorlage zum Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft ist

vom Parlament einstimmig verabschiedet worden.

In Papua-Neuguinea lebende Bürger aus den folgenden acht Staaten können ab sofort die kostenpflichtige doppelte Staatsbürgerschaft beantragen: Australien, Neuseeland, Fidschi, Vanuatu, Samoa, die USA, Großbritannien und Deutschland (!).

Eine weitere Möglichkeit zum Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft besteht z.B. für Großinvestoren, mit Neuguineern Verheirateten, Langzeitbewohnern sowie Sportlern in den Nationalmannschaften. (*Post-Courier* 31.03.17)

Konferenzen im Herbst

Papua-Neuguinea ist im September Gastgeberin zweier großer Veranstaltungen rund um die Themen nachhaltige Fischerei und Thunfischfang. Vom 13. bis 14. September findet im Stanley Hotel in Waigani (Port Moresby) der sechste pazifikweite Thunfisch-Gipfel (*Sixth Pacific Tuna Forum*) statt. Zeitgleich gibt es erstmals im Sir John Guise Stadion eine Messe zu neuen Entwicklungen in der Fischfangindustrie sowie in der fischverarbeitenden Industrie, die *Pacific Seafood and Technology Exposition*. (*Marshall Islands Journal* 17.03.17, <http://infofish.org/v2/index.php/ptf2017>)

BOUGAINVILLE

Widerstand gegen Wiedereröffnung der Mine

Einer potentiellen Wiedereröffnung der Panguna-Mine steht die Vereinigung der traditionellen Landeigner kritisch gegenüber. Philip Miriori, der Präsident der *Special Mining Lease Landowners Association*, sagte, seine Gruppe sei zu 100 % gegen die Wiederaufnahme des Minenbetriebes durch *Bougainville Copper Limited (BCL)*. Miriori betonte, die Landeigner hätten das Gebiet der Mine nur verpachtet und ohne ih-

re Einwilligung könne die Mine nicht wieder öffnen.

Zuvor hatten die Regierung von Papua-Neuguinea und die Provinzregierung der Autonomen Republik Bougainville angekündigt, nach dem Referendum über die Unabhängigkeit im Jahr 2019 den Minenbetrieb in der im Jahr 1989 geschlossenen Gold- und Kupfermine Panguna wiederaufzunehmen.

Der Präsident der autonomen Provinz Bougainville, John Momis, hatte am 28. April das allgemeine Bergbau-Moratorium aufgehoben. Die Aufhebung des Moratoriums bezieht sich auf das Verbot des Bergbaus sowie auf das Verbot der Erforschung neuer Fundstätten. Aufgehoben wurde das Moratorium zunächst für die Bezirke Tore, Isina und Jaba auf der Hauptinsel Bougainville. Bergbau könne wieder zu einem wichtigen wirtschaftlichen Faktor werden, sagte Momis im Hinblick auf eine eventuelle Unabhängigkeit in zwei Jahren. Mit den zu erwartenden Gewinnen aus der Ausbeutung der Rohstoffe sei man dann auch finanziell unabhängig von Papua-Neuguinea, begründete Momis die Aufhebung des langjährigen Moratoriums.

Info: Die international tätige Organisation AVAAZ hat Anfang Mai eine Petition gestartet, die sich gegen die Wiederaufnahme des Minenbetriebes durch die Firma BCL richtet. Diese habe in der Vergangenheit so schwere Umweltschäden begangen, dass das Vertrauen der Lokalbevölkerung in das Management der Firma zerstört sei, heißt es in dem erklärenden Text. Hier geht es zur Petition:

https://secure.avaaz.org/en/petition/Autonomous_Bougainville_Government_Bougainville_People_Against_Mining/?tXrNleb

(*Postcourier* 01.05.17, *ABC* 04.05.17, *Radio NZ Intern.* 25.04.17)

“Little Doctors” jetzt auch in Bougainville

Gouverneur Powes Parkop hat Anfang Mai das Konzept der “Little Doctors” an zwei Grundschulen eingeweiht. An der *Lontis Primary School* und an der *Petats Primary School* werden künftig Schülerinnen und Schüler als Sanitäter und Ersthelfer ausgebildet. Dazu kooperieren die Schulen mit dem Roten Kreuz.

Das Konzept der „Little Doctors“ kommt ursprünglich aus Bangladesch. Auch in Indien und in Indonesien gibt es diese Schulsanitäter inzwischen. Dabei geht es nicht so sehr um die Versorgung von Mitschülern bei alltäglichen Schulunfällen, sondern vor allem um das Verhalten bei Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Tsunamis. Die Kinder werden in Katastrophen-Ersthilfe ausgebildet. Nebenbei erhalten sie Unterricht zu den Themen „Menschenrechte“ und „Gesundheit“. (*Loop PNG* 08.03.17, <https://www.jnj.com/our-giving/little-doctors-children-teaching-children>)

SALOMONEN

Wiederbewaffnung der Polizei

Nach einer 14-jährigen Abstinenz dürfen Mitglieder der Polizeikräfte seit Anfang Mai wieder Waffen tragen. Die Wiederbewaffnung der Polizei fand mit einem feierlichen Akt vor dem Polizeihauptquartier in der Hauptstadt Honiara statt. Zunächst sollen 125 Mitarbeiter des *Police Response Team* und die Personenschützer (*Close Personal Protection*) Waffen tragen dürfen.

Mit dem Ende der Krise zwischen verfeindeten Gruppierungen von den Inseln Malaita und Guadalcanal im Jahr 2003 und der Ankunft der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (RAMSI)* hatte sich die Polizei zur Waffenabgabe verpflichtet. Grund dafür war, dass während der „The Tensions“ genannten kämpferischen Auseinandersetzung zwi-

schen der *Malaita Eagle Force* und dem *Isatabu Freedom Movement* auch Waffen von übergeleiteten Polizisten zum Einsatz gekommen waren. RAMSI hatte daraufhin die einheimische Polizei entwaffnet. Nun wurde das Waffenverbot aufgehoben.

Premierminister Manasseh Sogavare sprach den 125 waffentragenden Polizisten bei der Übergabe der Pistolen sein Vertrauen aus. Die Regierung habe die Pflicht, sich darum zu bemühen, dass die Zivilbevölkerung Vertrauen in die einheimische Polizei aufbaue, erklärte der Premierminister. Ziel sei es, längerfristig alle Polizeieinsatzkräfte wieder mit Waffen auszustatten. (SIBC 08.05.17, <http://www.ramsi.org/>)

Verbot von Plastiktüten

Die Provinzregierung der Western Province hat zum 1. Juni ein Verbot von Plastiktüten eingeführt. Diese dürfen ab sofort nicht mehr von Supermärkten ausgegeben werden. Provinzgouverneur Wayne Maepio sagte, die Verschmutzung der Strände und der Städte durch Plastiktüten sei immens. Diese stellten eine Gefahr für die Umwelt dar. Da man derzeit auch eine neue Tourismusstrategie für die Western Province erarbeite, müsste der Plastikmüll von der Straße und den Stränden verschwinden. (SIBC 24.05.17)

FIDSCHI

Erste Frau an der Spitze von Fiji TV

Die 40-jährige Karen Lobendahn ist die erste Frau an der Spitze von *Fiji TV*. Zum 1. Juni trat sie ihr Amt als neue geschäftsführende Direktorin der TV-Produktionsgesellschaft an. Die Absolventin der *University of the South Pacific* erklärte, sie arbeite seit 20 Jahren in der Fernsehindustrie und fühle sich gerüstet für die Herausforderungen der kommenden Jahre. *Fiji TV* habe ein

junges und kreatives Team, mit dem sie gut zusammenarbeiten könne, sagte Lobendahn. (*Fiji Sun* 24.05.17)

Soldaten absolvieren Menschenrechtstraining

Angehörige der fidschianischen Streitkräfte (*Republic of Fiji Military Forces*) haben im Mai an einem mehrtägigen Menschenrechtstraining im Hotel „Pearl Resort“ in Pacific Harbour teilgenommen. Der Workshop stand unter dem Thema „Gender, Violence against women and Human Rights Training“ und wurde eröffnet von Frau Mereseini Vuniwaqa, der fidschianischen Ministerin für Frauen, Kinder und Arbeitsbegrenzung. Die Ministerin ging in ihrem einführenden Vortrag vor allem auf die Gleichbehandlung der Geschlechter in Gesellschaft, Politik und Militär ein. Vor zehn Jahren war das Verhältnis von Männern zu Frauen noch 1:26 bei den Streitkräften, heute sei jeder zehnte Soldat bereits eine Frau.

Mit 49 % Anteil Frauen an der Gesamtbevölkerung sei es wichtig, Aspekte von Gender-Gerechtigkeit in alle Teile der Gesellschaft zu tragen. Die Streitkräfte hätten im Umgang mit dem anderen Geschlecht auch eine Vorbildfunktion, erklärte Colonel Jone Kalouniwai, Kommandierender der Streitkräfte. (*Fiji Times* 08.05.17)

Klimawandel: Premier „tief enttäuscht“ von Trump - Arnold Schwarzenegger in Fidschi

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat sich „tief enttäuscht“ von der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump gezeigt, das Klimaabkommen von Paris zu verlassen. Der Austritt sei vor allem für die Menschen in den am meisten bedrohten Staaten eine herbe Enttäuschung. Bereits vor der Entscheidung hatte

Bainimarama Trump in mehreren öffentlichkeitswirksamen Statements und Briefen dazu aufgefordert, im Klimaabkommen zu bleiben. Er rief ihn unter anderem auf, auf die vielen Stimmen in seinem Umfeld zu hören, die ebenfalls für einen Verbleib im Abkommen plädiert hätten.

Schon nach Trumps Amtsantritt hatte Bainimarama den US-Präsidenten nach Fidschi eingeladen, damit er sich vor Ort ein Bild über die Folgen des Klimawandels machen könne. Bainimarama ist Präsident der im November in Bonn stattfindenden UN-Klimakonferenz COP23. Bainimarama sagte, er habe alles getan, um Donald Trump von einem Verbleib im Klimaabkommen zu überzeugen. Trotz der Enttäuschung über den Schritt der USA sei er jedoch sehr ermutigt über das beeindruckende Engagement, das er aus anderen Staaten vernehme, darunter China, Indien und die Mitglieder der Europäischen Union. Er werde alles tun, um eine große Koalition von Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und einzelnen Menschen zu schmieden.

Währenddessen hat Fidschi den früheren kalifornischen Gouverneur und Fernsehstar Arnold Schwarzenegger im September als Redner für ein Vorbereitungstreffen in Suva für die UN-Klimakonferenz eingeladen. Schwarzenegger gehört wie Trump der Republikanischen Partei an, hat aber früh gegen Trump Stellung bezogen und bereits während seiner Amtszeit entschieden Klimaschutzmaßnahmen in Kalifornien vorangetrieben. Derzeit wird diskutiert, ob bei einem Austritt der USA eventuell einzelne US-Bundesstaaten dem Pariser Klimaabkommen beitreten könnten. Von fidschianischer Seite hieß es, man erhoffe sich Aufmerksamkeit für den Klimawandel im Pazifik und die Klimakonferenz durch den Besuch von Schwarzenegger. Bei dem Vortreffen will sich Bainimarama mit den Staats- und Regierungschefs der benachbarten pazifischen Inselstaa-

ten auf eine gemeinsame Strategie verständigen. (Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Radio New Zealand International 8.6.17, Fiji Sun 3.5.17, 2.6.17)

Rabuka entschuldigt sich erneut für Militärputschs im Jahr 1987

Sitiveni Rabuka hat sich 30 Jahre nach den beiden von ihm geleiteten Militärputschs im Jahr 1987 erneut für sein Handeln entschuldigt. Er sehe ein, dass Militärputschs kein Mittel zur Lösung irgendeiner Situation in einer zivilisierten Gesellschaft seien. Außerdem sagte er, die Unruhen und Überfälle auf indischstämmige Fidschianer im Jahr 1987 seien vorsätzliche Taten selbstüchtiger Personen gewesen. Rabuka ist seit Juni 2016 Oppositionsführer im fidschianischen Parlament und möchte die größte fidschianische Oppositionspartei *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA) im kommenden Jahr als Spitzenkandidat in die Parlamentswahl führen.

Derzeit hat die Partei *FijiFirst* von Premierminister Voreqe Bainimarama eine absolute Mehrheit im Parlament. Rabuka hatte 1987 in einem ersten Putsch die kurz zuvor gewählte Regierung unter Timoci Bavadra von der *Fiji Labour Party* gestürzt. Hintergrund des Putschs war der Versuch durch das Militär, die Position der indigenen Fidschianer (*i-taukei*) gegenüber der indischstämmigen Bevölkerungsschicht zu stärken. In einem zweiten Putsch im selben Jahr erklärte er Fidschi zur Republik und setzte die britische Königin Queen Elizabeth II. als Staatsoberhaupt von Fidschi ab. Nach einer Verfassungsänderung wurde Rabuka 1992 unter einem neuen Wahlrecht zum Premierminister gewählt. Er regierte bis 1999, seine Regierungszeit ist insbesondere durch die Diskriminierung der indischstämmigen Bevölkerung geprägt gewesen. Die beiden Putschs im Jahr 1987 gelten als Auslöser eines Kreislaufs von

„Coups“, die auch in den Jahren 2000 („ziviler“ Putsch mit spätem Einschreiten des Militärs) und 2006 (Militärputsch) zu erneuten undemokratischen Regierungswechseln geführt haben.

(Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Radio New Zealand International 16.5.17, Wikipedia)

Oppositionspartei stellt Wahlmanifest vor

Die erste fidschianische Partei hat Grundzüge ihres Wahlprogramms für die Parlamentswahlen im Jahr 2018 bekanntgegeben. Die kleinere der beiden derzeit im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, die *National Federation Party* (NFP), will im Wahlkampf vor allem auf Soziales setzen. So möchte die NFP im Falle einer Regierungsbeteiligung den Mindestlohn auf 2,40 US-\$ (ca. 2,15 €) festsetzen. Der dann immer noch niedrige Betrag würde fast einer Verdopplung zum jetzigen Mindestlohn gleichkommen. Außerdem möchte die NFP die Anzahl der gelisteten Lebensmittel verdoppeln, die als „basic food items“ deklariert sind und somit von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind. Darüber hinaus plant die NFP eine umfassende Gesundheitsreform, im Rahmen derer ein neuer „National Health Service“ etabliert werden soll und die Bürokratie im Gesundheitswesen abgebaut werden soll.

Der Parteivorsitzende Biman Prasad sagte bei der Vorstellung, es sei ein Punkt erreicht, an dem die Unfähigkeit des Gesundheitssystems dazu führe, dass die Menschen das Vertrauen in das System verlieren. Die NFP ist als kleinste Oppositionspartei derzeit lediglich mit drei Sitzen im 50-köpfigen fidschianischen Parlament vertreten (Regierungspartei *FijiFirst*: 32 Sitze, Oppositionspartei *SDLP*: 15 Sitze), hat sich aber im Laufe der Legislaturperiode vergleichsweise viel Ansehen aufgrund ihrer konstruktiven Haltung und ihres Fokus auf politi-

sche Inhalte erworben. (Artikel von Oliver Hasenkamp, Vorstandsvorsitzender Pazifik-Netzwerk e.V., Radio New Zealand International 8.6.17, Wikipedia)

VANUATU

Studierendenaustausch mit Neukaledonien

Künftig wird es einen Studierendenaustausch zwischen Vanuatu und den kanakischen Studierenden in Neukaledonien geben. Dazu haben Victor Tutugoro von der neukaledonischen Partei FLNKS und Jean Pierre Nirua, der vanuatische Bildungsminister, Mitte Mai ein *Memorandum of Understanding* in Port Vila unterzeichnet. Die Verantwortlichen begrüßten das Abkommen, fördere es doch den studentischen Austausch zwischen den benachbarten melanesischen Staaten. Kanakische Studierende könnten so eine Ausbildung an der Fachakademie für Gastgewerbe und Hotellerie in Vanuatu absolvieren oder an der *University of the South Pacific* studieren. (*Vanuatu Daily Post* 19.05.17)

Woche der Verkehrssicherheit

Erstmals hat sich Vanuatu an der „Woche der Verkehrssicherheit“ (*Global Road Safety Week*) vom 8. bis zum 14. Mai beteiligt. Diese wird seit 2010 begangen. In diesem Jahr stand die Woche unter dem Motto „Save lives- slow down“.

Der stellvertretende Polizeichef George Songi sagte, in der Hauptstadt Port Vila käme es täglich zu Verkehrsunfällen. Rund 40 % aller Unfälle gingen auf die Nicht-Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen zurück, erklärte Songi. Ursache für die Häufung der Unfälle sei nicht nur das stark erhöhte Verkehrsaufkommen, sondern vor allem die Nicht-Einhaltung der Straßenverkehrsregeln. Kraftfahrer missachteten Verkehrsschilder, telefonierten

trotz Verbotes mit dem Mobiltelefon, schnallten sich nicht an und nahmen keine Rücksicht auf die Wetter- und Straßenverhältnisse.

Während der Woche der Verkehrssicherheit betonte Gesundheitsminister Jerome Ludvaune die Bedeutung von Verkehrserziehung bei jungen Leuten bereits vor dem Beginn des Fahrtrainings. Die Vanuatu Police Force könne hier mit Trainings und Workshops unterstützen. Das richtige Verhalten im Straßenverkehr sei eine Sache von Leben und Tod, machte der Minister deutlich. „*Es sterben viel zu viele Menschen im Straßenverkehr oder tragen schwere Behinderungen davon*“, schloss sich Songi der Meinung des Ministers an.

Info: Die *Road Safety Week* wurde 2010 von der britischen Nichtregierungsorganisation *Brake - the road safety charity* gegründet. Viele Staaten beteiligen sich mit Veranstaltungen und Aktionen an dieser Woche. Jedes Land kann den Zeitraum für die Woche eigenständig festlegen. *Brake* gibt jedoch das Jahresmotto vor.

In Deutschland findet jährlich seit 1995 an jedem dritten Samstag im Juni der „Tag der Verkehrssicherheit“ unter dem Motto „*Gemeinsam für mehr Sicherheit*“ statt. Nach Angaben von *Brake* stirbt weltweit alle 30 Sekunden ein Mensch bei einem Verkehrsunfall. (<http://www.brake.org.uk/>, <http://www.roadsafetyweek.org/>, *Vanuatu Daily Post* 11.05.17)

Neuer Polizeipräsident

Nach insgesamt sieben personellen Wechseln in den letzten zwei Jahren in der Funktion des Polizeipräsidenten hat Präsident Baldwin Lonsdale am 11. Mai den Ni-Vanuatu Albert Nalpini zum neuen Polizeichef ernannt und ihn im Beisein zahlreicher Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik vereidigt. Nalpini hatte sich bereits im Juni letzten Jahres gemeinsam mit sechs anderen Männern und einer Frau um das Amt beworben, doch nach inter-

nen Querelen um den Bewerbungsprozess konnte das Amt erst jetzt endgültig wiederbesetzt werden.

Präsident Lonsdale erklärte bei der feierlichen Ernennung, oberstes Ziel für die Arbeit des neuen Polizeipräsidenten müsse die Einheit der Polizeikräfte sein. Bis dato gibt es zahlreiche Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedern der *Vanuatu Police Force* (VPF) und den Sondereinsatzkräften *Vanuatu Mobile Force*. Grund dafür sei u.a. mangelndes Vertrauen in die ehemaligen Polizeipräsidenten gewesen sowie Disziplinlosigkeit der Truppen. „Einheit“ und „Vertrauen“ unter diesen Schlagworten müsse Nalpini fortan arbeiten, erklärte der Präsident.

Albert Nalpini trat vor 20 Jahren in den Polizeidienst. Er arbeitete sich in den Rang eines *Chief Inspectors* hoch. Dazu absolvierte er eine Fortbildung in Strafrecht sowie ein Bachelor-Studium in Rechtswissenschaft. (*Vanuatu Daily Post* 06.05., 12.05.17)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Ausstellung über Wale

Im Kulturzentrum Tjibaou in der Hauptstadt Nouméa läuft derzeit eine Ausstellung zur Kampagne „Protect Pacific Whales“ der Organisation *Ocean Voyagers*. Elf pazifische Künstler zeigen ihre Werke unter der Überschrift „Protecting Pacific Whales through Art“. Die Installationen in der Ausstellung zeigen u.a. Fischernetze, die von Fischfangflotten über Bord geworfen werden und in denen sich Wale verfangen können. (*Radio NZ Intern.* 10.03.17)

Unterstützung für Meeresschutz

Bereits 5.000 Menschen haben eine Bittschrift zur Ausweitung des Schutzes des Meeresschutzgebietes „Coral Sea Natural Park“

in den Gewässern der Provinz Loyalty Islands unterzeichnet. Die Unterstützer fordern ein sogenanntes „No Take“-Gesetz für das entsprechende Gebiet, also das absolute kommerzielle Fischfangverbot.

Der Coral Sea Natural Park wurde bereits 2012 eingerichtet. Er umfasst mit 1,3 Millionen Quadratkilometern fast ein Drittel der gesamten Meeresfläche von Neukaledonien.

Aline Schaffar, die Projektmanagerin einer Umweltschutzorganisation, beklagte, bisher bestünde der Schutz nur auf dem Papier und es gäbe keine Konsequenzen. Sinnvoll wäre zum Meeresschutz z.B. das Verbot des Fischfangs gefährdeter Thunfischbestände, erklärte die Aktivistin. In dem Gebiet leben Haie, seltene Schildkröten sowie die bedrohten Dugongs (Seekühe). Innerhalb der Schutzzone befindet sich auch das neukaledonische Barrier-Riff, das zum Weltnaturerbe der UNESCO gehört. (*Wikipedia, Radio NZ Intern.* 15.03.17, <http://www.conservation.org/projects/Pages/New-Caledonia-Home-of-the-Worlds-Largest-Marine-Park.aspx>)

Wählerlisten veröffentlicht

Die neukaledonische Wahlkommission hat die Listen mit den offiziell registrierten Wählern in allen Rathäusern des französischen Überseegebietes zur Ansicht und Kontrolle ausgehängen. Nur die in den Listen verzeichneten Menschen dürfen (voraussichtlich im November 2018) über die Unabhängigkeit von Frankreich oder den Verbleib bei Frankreich abstimmen. Wer sich nicht in der Liste findet, kann gleich im Rathaus vorstellig werden und sich eintragen lassen, wenn er die Voraussetzungen dazu erfüllt.

Auf ihrer Internetseite hat die französische Botschaft in Neukaledonien eine Liste veröffentlicht, unter welchen Voraussetzungen jemand zum Referendum im nächsten Jahr zugelassen wird, u.a. muss man schon lange im

Land leben und seinen Lebens- und Arbeitsschwerpunkt dort haben. (Radio NZ Intern. 04.05.17, <http://www.nouvelle-caledonie.gouv.fr/Politiques-publiques/Referendum-2018/La-LESC/La-liste-electorale-speciale-pour-la-consultation-sur-l-accession-de-la-Nouvelle-Caledonie-a-la>)

MIKRONESIEN

Online-Sprachkurs Chamorro

Guam: Seit einigen Monaten können Internetnutzer die Sprache Chamorro kostenlos online erlernen. Dazu hat Gerhard Schwab, Professor für Soziale Arbeit an der *University of Guam*, mit seinem Team die Seite <http://LearningChamorro.com> eingerichtet. Nach einer kostenlosen Registrierung stehen den Nutzern verschiedene Funktionen zur Verfügung, u.a. ein Wörterbuch mit 12.000 Wörtern in Chamorro und Englisch, eine Übersicht über die Grammatik sowie Beispiele für Alltagsgespräche. Diese sind auch als Audiodatei verfügbar, desgleichen werden Videofilme und Dokumentationen angeboten, damit die Nutzer sich mit der Aussprache vertraut machen können.

Bisher haben sich 2.900 Menschen für den online-Kurs registriert, 50 % davon kommen aus Guam, 40 % aus den USA. (*Pacific Daily News* 13.03.17)

Altersgrenze angehoben

Guam: Einstimmig hat das Parlament von Guam Anfang März die Anhebung der Altersgrenze von 18 auf 21 Jahre beschlossen, wenn es um den Kauf von Tabak und E-Zigaretten geht. Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Bis dahin sollen alle Verkaufsstellen von Tabakprodukten bereits in ihren Schaufenstern darauf auf-

merksam machen, dass Tabakwaren nur noch an Menschen über 21 Jahren abgegeben werden dürfen.

Dem Parlamentsbeschluss waren mehrmonatige Debatten vorausgegangen. Jugendarbeiter und das Gesundheitsministerium sowie zahlreiche Anti-Raucher-Kampagnen hatten mit der hohen Zahl sehr junger Raucher argumentiert und die gesundheitlichen (Spät-)Schäden ins Feld geführt. Kritiker hatten bemängelt, dass junge Menschen durch die Anhebung der Altersgrenze entmündigt würden. Das Rauchen sei eine freie Willensentscheidung und dürfe nicht staatlich reglementiert werden, hieß es. (*Pacific Daily News* 23.03.17)

Flüge nach Guam

Nauru: Die Fluggesellschaft *Nauru Airlines – Airline of the Central Pacific* hat im April vom amerikanischen Luftfahrtministerium die für fünf Jahre geltende Lizenz erhalten, Guam anzufliegen. Bis dato fliegt die Linie nur einmal wöchentlich vom australischen Brisbane (Queensland) nach Pohnpei. Demnächst wird sie nun die Linie nach Guam mit Zwischenstopps in Tarawa (Kiribati), Majuro (Marshall-Inseln) und Pohnpei (Föderierte Staaten von Mikronesien) bedienen.

Info: *Nauru Airlines* (bis 2006 Air Nauru, danach bis 2014 Our Airline) ist die nationale Fluggesellschaft Naurus mit Sitz in Yaren und Basis auf dem Flughafen Nauru. Sie wurde bereits 1970 gegründet. Derzeit besteht die Flotte aus einem Frachtflugzeug sowie aus fünf Passagierflugzeugen des Typs Boeing 737 mit einer Kapazität von jeweils 130 Plätzen. (*Marshall Islands Journal* 28.04.17, <http://www.nauruairlines.com.au/>)

Vereinbarung über Unterwasserkabel

Palau: Die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) und Palau haben Anfang Mai mit den Philippinen und Indonesien einen Vertrag über ihre Anbindung an ein Seekabel unterzeichnet. Damit bekommen die beiden Pazifikstaaten Anschluss an das geplante 15.000 Kilometer lange Unterwasserkabel zwischen Südostasien und den USA. Das unterseeische Glasfaserkabel soll die Philippinen und Indonesien mit den USA verbinden und dabei über Hawai'i und Guam geführt werden. Von dem SEA-US genannten Kabel soll es dann eine Abzweigung nach Yap und Chuck (FSM) sowie nach Palau geben.

Der palauische Präsident Tommy Remengesau begrüßte die Vereinbarung, die bei einer feierlichen Zeremonie im Hotel *Hyatt Regency* in Guam unterschrieben wurde. Für das Kabel nach Palau bekommt die mikronesische Republik einen Kredit der *Asian Development Bank* in Höhe von 25 Millionen US-Dollar. Die Föderierten Staaten finanzieren ihr Kabel über ein Infrastrukturprojekt der Weltbank.

Vor allem Palau wird von dem Unterwasserkabel profitieren. Bisher ist der Staat bei der Nutzung des Internets abhängig von Satelliten. Hohe Kosten und die geringe Bandbreite der Satellitenverbindung haben dazu geführt, dass nur 25 % der Einwohner Palaus Zugang zum Internet haben, obwohl über 90 % im Besitz eines internetfähigen Mobiltelefons sind.

Info: Ein Seekabel ist ein in einem Gewässer verlegtes Kabel zur Datenübertragung oder zur Übertragung elektrischer Energie. Es muss wegen der technisch aufwändigen Wartung außerordentlich robust gebaut sein. Monopolare Seekabel für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung müssen auf Seekarten markiert sein, da sie durch ihr Magnetfeld Kompassanlagen von

Schiffen beträchtlich stören können. 2014 wurden 95 Prozent des Internetverkehrs zwischen den Weltregionen durch Unterwasserkabel übertragen. (*Marianas Variety* 05.05.17, <http://www.submarinenetworks.com/systems/trans-pacific/sea-us>, Wikipedia)

MARSHALL-INSELN

Niedenthal Generalsekretär des Roten Kreuz

Zum 1. März hat Jack Niedenthal seine neue Stelle als Generalsekretär des Marshallischen Roten Kreuzes angetreten. Der gebürtige Amerikaner mit marshallischer Staatsbürgerschaft hatte in den letzten 30 Jahren als *Liaison Trust Officer* für das Bikini Atoll gearbeitet. Auch als Journalist, Filmemacher und Theater-Regisseur hat sich Niedenthal überregional einen Namen gemacht.

Nach seiner Pensionierung im Juli 2016 beschloss der langjährige Anti-Atomtest-Aktivist sein Engagement für den regionalen Zweig des Roten Kreuzes. Dieser besteht zwar bereits seit 2013, noch ist die Regionalorganisation jedoch nicht offiziell als Mitglied beim Internationalen Roten Kreuz aufgenommen worden. Niedenthal kündigte an, sich mit aller Kraft darum zu bemühen, die marshallische Unterorganisation zu akkreditieren und sie in den Kreis der 190 Mitgliedsländer des Roten Kreuzes aufnehmen zu lassen. Dazu müssen bestimmte Vorgaben erfüllt werden, u.a. eine solide Abrechnung der bereits fließenden internationalen Fördergelder sowie eine Personalpolitik, die nicht nur auf Freiwillige setzt.

Niedenthal zeigte sich zuversichtlich, die Vorgaben bis Ende des Jahres erfüllen zu können. Für die Zukunft plant er den Aufbau eines Jugendrotkreuzes, wie er es bei seinem diesjährigen Besuch auf den Philippinen kennengelernt hat. (*Marshall Islands Journal*

21.04.17, <http://www.microwavefilms.org/host.html>, <https://www.icrc.org/en/where-we-work/asia-pacific>)

Diplomatische Beziehungen zu Myanmar

Am 12. April haben die Regierung der Marshall-Inseln und die Republik Myanmar (Burma) in der Botschaft von Myanmar im japanischen Tokyo offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Vereinbarung wurde unterzeichnet von Tom Kijiner, dem Botschafter der Marshall-Inseln in Japan, sowie dem Botschafter aus Myanmar, Thurain Thant Zin.

Zur Feier des Tages fand im Anschluss an die Unterzeichnung der Vereinbarung eine traditionelle japanische Tee-Zeremonie mit gegenseitiger Geschenkeübergabe statt. (*Marshall Islands Journal* 28.04.17)

Uni-Zweigstelle eröffnet

Ende Mai hat der Vize-Kanzler der *University of the South Pacific* (USP), Rajesh Chandra, in Majuro die Zweigstelle der USP eröffnet. Die Uni bietet Platz für 1.000 Studierende, derzeit sind jedoch nur 500 Studenten eingeschrieben. Der neue „Long Island Campus“ ist in ein leerstehendes Hotel auf der Halbinsel Long Island bei Majuro eingezogen. Vizekanzler Chandra erklärte, die Regierung der Marshall-Inseln hätte das Hotel als zukünftiges Unigebäude angekauft und seit Juli letzten Jahres umbauen lassen. Mit seiner Lage in einem tropischen Garten direkt am hauseigenen Strand sei diese Zweigstelle sicher eine der schönsten der pazifischen Universität, erklärte Chandra.

Von den zwei Millionen US-Dollar Umbaukosten haben die Marshall-Inseln eine halbe Million übernommen, den Rest hat die Uni beigesteuert. Der neue Campus soll vor allem der Ausbildung junger Menschen im nördlichen und nordwestlichen

Pazifik dienen. (*Radio NZ Intern.* 23.05.17, <http://www.usp.ac.fj/index.php?id=13128>)

Neue App

Dank der Arbeit zweier japanischer Freiwilliger gibt es seit einigen Monaten eine Wörterbuch-App für mobile Endgeräte. Tadashi Takaya, der zwei Jahre lang in der Abteilung für Informationstechnologie der Regierung der Marshall-Inseln mitgearbeitet hat, sowie Taro Ogura, Mitarbeiter an der *Kwajalein Atoll High School*, haben die kostenlose App entwickelt. Sie beinhaltet ein Wörterbuch Marshallisch-Englisch sowie Alltagssätze und Aussprachehinweise. Einmal heruntergeladen, läuft die App ohne Internetverbindung, was vor allem den Menschen auf den äußeren Inseln nützt.

Hier kann man sich die App herunterladen:

<http://bit.ly/medaA2>.

(*Marshall Islands Journal* 17.03.17)

Unausgereiftes Rücknahmesystem

Viele Firmen setzen das seit Anfang des Jahres geltende Gesetz über ein Dosenpfand bereits um und schlagen beim Verkauf von Konservendosen, Getränkedosen und Styroporgeschirr 10 US-Cent auf den Verkaufspreis auf. Bisher ist jedoch nicht geklärt, wie das Rückgabesystem funktionieren soll. Zwar nehmen die Verkaufsstellen die Umverpackungen zurück und erstatten den Pfandpreis, doch wissen sie nicht, wie weiter mit den Verpackungen verfahren werden soll. Kunden beklagen bereits die Lagerung von Dosen in Hinterhöfen von Supermärkten. Nun sieht sich das marshallische Umweltministerium in der Pflicht, ein funktionierendes Pfand- und Rücknahmesystem zu entwickeln und die Verkaufsstellen entsprechend zu informieren. (*Marshall Islands Journal* 03.03.17)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Vogel vom Aussterben bedroht

Samoa: Die für die beiden Samoa-Inseln Upolu und Savai'i endemische Taubenart Manumea ist nach Angaben der Behörden akut vom Aussterben bedroht. Derzeit leben noch ca. 200 bis maximal 250 Tiere auf den Inseln. Die Taubenart, die als Nationaltier der Samoaner auf dem 20-Tala-Geldschein abgedruckt ist, soll nun besser vor Jägern geschützt werden. Das sagte Steve Menzies vom Ministerium für Ressourcen und Umwelt zum Auftakt eines dreitägigen Symposiums, bei dem die neue regierungseigene Kampagne zum Schutz der „Princess of the Forest“ gestartet wurde.

Bei dem vom Umweltministerium in Kooperation mit dem Zoo von Auckland (Neuseeland) durchgeführten Symposium ging es um Maßnahmen, wie die selten gewordene Taubenart besser geschützt werden kann. Die Teilnehmer identifizierten zwei Probleme. Erstens sei die Manumea im dichten Wald nicht immer von anderen Tauben zu unterscheiden und werde irrtümlich abgeschossen. Und zweitens werde die Taube aus Freude an der Jagd im Wald absichtlich getötet.

Menzies erklärte, man habe nicht genug Geld für aufwändige Schutzmaßnahmen und müsse sich deshalb Konzepte überlegen, wie man die Menschen von der Jagd auf die Manumeas abhalten könne.

Info: Die rund 31 Zentimeter große Zahntaube (*Didunculus strigirostris*) ist eine Art der Taubenvögel und einzige rezente Vertreterin ihrer Gattung. Mit ihrem gro-

ßen Schnabel, der an der Spitze hakenartig gebogen ist, kann die Zahntaube hartschalige Nüsse aufbeißen. (*Samoa Observer* 11.05.17, *Wikipedia*)

Kein Sexualkunde- unterricht an Schulen

Samoa: Der fehlende Sexualkundeunterricht an den Schulen ist nach Ansicht des samoanischen Gesundheitsministeriums Grund für die hohe Anzahl von jungen Menschen mit sexuell übertragbaren Krankheiten. So haben rund 21,5 % aller überprüften Teenager zwischen 10 und 24 Jahren eine Infektion mit Chlamydien.

Nach dem sechsten Bericht zum Stand der HIV-Erkrankungen, den das samoanische Gesundheitsministerium in diesem Jahr dem Aids-Programm der Vereinten Nationen (U.N.AIDS) vorlegen musste, haben nur 5 % aller Frauen und 6 % aller Männer Kenntnisse über das HI-Virus sowie über die Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Ansteckung mit dem Virus. Die 15 bis 19-jährigen jungen Männer wissen zudem kaum, wo und wie sie Kondome kaufen können. Erst in der Altersgruppe der 20 bis 24-jährigen wissen die Männer um den Gebrauch der Kondome und haben auch Kenntnisse, in welchem Geschäft sie Kondome kaufen können. Städtische Jugendliche haben meist noch vor dem 15. Lebensjahr (ungeschützten) Geschlechtsverkehr, heißt es in dem Bericht. Auf dem Land sind die Jugendlichen beim „ersten Mal“ etwas älter.

Die alarmierenden Zahlen vor allem der Menschen mit Chlamydien-Infektionen begründet das Ministerium mit dem fehlenden Sexualkundeunterricht an den Schulen. Zwar sei die sexuelle Aufklärung Pflichtbestandteil der Lehrpläne aller samoanischen Schulformen, doch gäbe es de facto keinen Unterricht zu diesem Thema. Sexualität und sexuell übertragbare Krankheiten seien ein absolutes Tabu-Thema in der

samoanischen Gesellschaft. Noch nicht einmal in der Familie spreche man darüber, hieß es aus dem Ministerium. Man gehe stillschweigend davon aus, dass junge Menschen vor der Eheschließung keinen Geschlechtsverkehr mit wechselnden Partnern hätten und deshalb vor Geschlechtskrankheiten geschützt seien. (*Samoa Observer* 12.05.17)

† Eni Faleomavaega

US-Samoa: Am 22. Februar starb in Provo (US-Bundesstaat Utah) im Alter von 73 Jahren Eni Fa'aua'a Hunkin Faleomavaega, Jr. (kurz: Eni Faleomavaega) aus Amerikanisch-Samoa. Der Politiker der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika war von 1989 bis 2015 der offizielle nicht stimmberechtigte Delegierte des amerikanischen Außengebietes Amerikanisch-Samoa im US-Repräsentantenhaus. Der überaus beliebte Politiker hatte sich zeit seines Lebens für die Atomtestopfer auf den Marshall-Inseln engagiert und das Thema immer wieder auf die Tagesordnung im Repräsentantenhaus gesetzt. Seine schlechte Gesundheit hatte „Eni“ auf die Verstrahlung mit dem Nervengas „Agent Orange“ zurückgeführt, der er während seines Einsatzes im Vietnam-Krieg als Soldat ausgesetzt war.

Info: Eni Faleomavaega war ein aktives Mitglied der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage. Er studierte zunächst an der *Brigham Young University* in Provo und erwarb dort 1966 seinen Bachelor-Abschluss. 1972 wurde er an der Law School der *University of Houston* zum Doktor promoviert; der Master of Laws folgte 1973 an der *University of California* in Berkeley.

Zwischen 1973 und 1975 war Faleomavaega als Stabsassistent für die beiden damaligen Delegierten aus Amerikanisch-Samoa in Washington tätig. Diese waren allerdings noch inoffizielle Vertreter des Außengebietes; erst ab 1981 stellte Amerikanisch-Samoa

mit Fofó Sunia einen offiziell gewählten Delegierten mit Stimmrecht in den Ausschüssen des Repräsentantenhauses.

Nachdem er zwischen 1975 und 1981 als Berater für das *Committee on Interior and Insular Affairs* des Repräsentantenhauses gearbeitet hatte, kehrte Faleomavaega nach Amerikanisch-Samoa zurück und amtierte dort bis 1984 als stellvertretender Attorney General. 1985 trat er die Nachfolge von Tufele Liamatua als Vizegouverneur an und war damit Stellvertreter von Gouverneur Lutali. Schließlich wurde er 1988 als Nachfolger des zurückgetretenen Fofó Sunia zum Delegierten seines Gebietes in Washington gewählt. Dort nahm er ab dem 3. Januar 1989 sein Mandat wahr. Anschließend wurde er zwölfmal wiedergewählt, zuletzt im November 2012 mit 55,2% der Stimmen gegen die Republikanerin Amata Coleman Radewagen. Im Kongress saß Faleomavaega zuletzt im Auswärtigen Ausschuss und im *Committee on Natural Resources*. Er war außerdem Mitglied des *Asian Pacific American Caucus*.

Bei den Kongresswahlen 2014 trat Faleomavaega erneut an, kam jedoch über knapp 31 Prozent der Stimmen nicht hinaus. Die Republikanerin Amata Coleman Radewagen trug mit 42 % der Stimmen den Sieg davon und löste Faleomavaega am 3. Januar 2015 im Kongress ab. (*Marshall Islands Journal* 03.03.17, <http://bioguide.congress.gov/scripts/biodispl.asp?index=F000010>, Wikipedia)

Solarenergie für Inselgruppe

US-Samoa: Die drei Inseln der Manu'a-Gruppe östlich der Hauptinsel werden seit dem 22. April mit Solarstrom versorgt. Rund 80 % des Energiebedarfs kann der neu eröffnete *Ofu Solar Park* abdecken. Die Kosten für den Bau des Solarparks in Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar teilten sich der samoanische Energieversorger *American Samoa*

Power Authority (ASPA) sowie das US-amerikanische Innenministerium.

Die Inseln Ta'u, Ofu und Olosega sind mit Inbetriebnahme des Solarparks nun nahezu unabhängig von Dieselgeneratoren, mit denen bisher der Bedarf an Strom gedeckt wurde. Ein Sprecher von ASPA betonte vor allem die Risikominimierung. Es sei immer kompliziert und teuer gewesen, den flüssigen Dieseltreibstoff mit Transportschiffen auf diese Außeninseln zu transportieren und es sei auch das Öfteren Öl ausgelaufen.

Auf Ofu und Olosega gibt es 124 Haushalte, auf Ta'u 231 Haushalte. (*The Samoa News* 05.05.17)

Unterstützung aus Kalifornien

Tonga: Auf Ersuchen der tongaischen Regierung hat im April eine dreiköpfige Delegation aus amerikanischen Polizeikreisen Nuku'alofa besucht. Captain Joe Duffy vom *Douglas County Sheriff's Department* aus Kalifornien, der amerikanische Botschafter in Tonga sowie Brigadegeneral Zachary Doser von der *Nevada National Guard* sollten sich vor Ort ein Bild davon machen, wie die steigende Zahl von kriminellen Straßenbanden in Tonga bekämpft werden kann. Die beiden hochrangigen Polizisten berieten die tongaische Polizei, das Militär und die Parlamentarier.

Nach Angaben von Joe Duffy, der seit 21 Jahren in amerikanischen Polizeidiensten steht, ist die tongaische Polizei im Umgang mit jugendlichen Banden überfordert. So hätte diese z.B. nicht gewusst, dass die zahlreichen Graffiti-Tags namens „TCG“ an Gebäuden in der tongaischen Hauptstadt die Abkürzung für „Tonga Crip Gangster“ seien - eine amerikanische Straßengang, die ihre Mitglieder überwiegend bei in die USA emigrierten Tongaern rekrutiert.

Nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums, das die Reise für die Polizeibeamten finanzierte, wurden in den Jahren von 2004 bis 2012 jährlich zwischen 22 und 38 straffällig gewordene Tongaer aus den USA zurück nach Tonga deportiert. Aufgrund ihrer Erfahrungen als Mitglied einer Straßenbande in Amerika, würden sie auch vor Ort in Tonga Banden gründen, die sich gegenseitig bekämpften. Mit dieser neuen, bis dato unbekannt Art von Kriminalität müsse sich die Regierung Tongas jetzt befassen, forderte Duffy. Er riet zur Gründung einer „Task Force“, bestehend aus Polizei und Militärangehörigen, die sich in das Thema einarbeiten sollte und sich der Straßenbanden annehmen sollte. (*Matangi Tonga* 17.04.17)

Zu viele Teenager-Ehen

Tonga: Die Sozialpädagogin Vanessa Heleta beklagt die hohe Anzahl von Ehen minderjähriger Mädchen. In den letzten zwei Jahren seien jeweils mehr als 50 Hochzeiten verzeichnet worden, bei der die Mädchen jünger als 18 Jahre alt waren. Im Jahr 2015 gab es 56 so genannte „Kinder-Hochzeiten“, im Jahr 2016 waren es 52.

Das tongaische Gesetz erlaubt Mädchen bereits ab dem Alter von 15 Jahren eine Eheschließung, allerdings ist dazu bis zum vollendeten 18. Lebensjahr die Zustimmung der Eltern nötig.

Heleta ist Koordinatorin des „Taliitha Projekts“, das sich für Mädchen und junge Frauen einsetzt. Sie hat die Öffentlichkeitskampagne „Let Girls be Girls!“ initiiert und versucht, bei den Eltern dafür zu werben, ihre Töchter nicht zu früh zu verheiraten. Zwar gäbe es offiziell keine Zwangsehen in Tonga, doch würde vielen Mädchen schon früh eine Ehe mit wesentlich älteren Männern ans Herz gelegt. Dies führe dann zu Teenager-Schwangerschaften und zum Abbruch der Schul- und Berufslaufbahn vieler junger Frauen. (*Radio NZ Intern.* 30.05.17)

Vierte Amtszeit für Premier

Niue: Seine vierte Amtszeit konnte Premierminister Sir Toke Tufukia Talagi antreten. Er gewann die Parlamentswahlen Anfang Mai mit 15 zu 5 Stimmen gegen seine Herausforderin, die ehemalige Botschafterin für Neuseeland, Frau O'Love Jacobsen.

Talagi, der 2008 erstmals in das Amt des Premiers kam, sagte, er habe viele Projekte noch nicht abgeschlossen und sich deshalb zur Wahl gestellt, trotz seines schlechten Gesundheitszustands. Neben dem Amt des Ministerpräsidenten füllt Talagi auch das Amt des Außenministers, des Ministers für internationale Beziehungen und des Ministers für Koordination der Entwicklungshilfe aus. Da auf Niue keine politischen Parteien bestehen, ist Talagi de facto parteilos.

Im März 2017 war Talagi aufgrund seiner besonderen Verdienste um den Erhalt der Sprache und Kultur von Niue von der neuseeländischen Generalgouverneurin Patsy Reddy zum Ritter geschlagen worden. Der Tag wurde zum nationalen Feiertag ausgerufen und die rund 1.600 Bewohner von Niue konnten den ganzen Tag lang von einem kostenlosen Internetzugang profitieren.

In Talagis Amtszeit wurde Niue im November 2011 eines der Gründungsmitglieder der *Polyneesian Leaders Group*, einer Regionalgruppe von polynesischen Staaten. Diese hat zum Ziel die Kooperation zu einer Reihe von Themen wie Kultur und Sprache, Bildung, die Herausforderungen des Klimawandels, Handel und Investitionen. (*Radio NZ Intern.* 22.03.17, 13.05.17)

Konferenz zum Erhalt der Sprache

Niue: Mitte April fand im Dorf Mutalau auf Niue eine zweitägige Konferenz statt, bei der Sprachwissenschaftler, Vertreter von

Nichtregierungsorganisationen und der Regierung, Lehrer und Betroffene diskutierten, wie die einheimische Sprache *Vagahau Niue* wiederbelebt, bewahrt und an die nächste Generation weitergegeben werden kann.

Tifaole Ionae, die Vorsitzende der *Niue Language Commission*, erinnerte in ihrem Beitrag an die Kolonialzeit auf Niue. In ihrer Kindheit sei das *Vagahau* in der Schule verboten gewesen. Sie habe mehrfach Strafarbeiten erledigen müssen, wenn sie ihre Muttersprache gesprochen habe. Damals habe die Kolonialmacht vermittelt, das *Vagahau* sei eine „niedrigere“ Sprache als das Englische, so hätten alle Schüler nur Englisch sprechen dürfen.

Seit einigen Jahren gibt es nun eine Bewegung auf Niue, die eine Rückbesinnung auf die traditionelle Kultur und Sprache fordert. Über den Erhalt der Sprache könnten auch typische Elemente der Kultur erhalten bleiben, erklärte Gastrednerin Ina Vakaafi, die im Alter von sieben Jahren aus Neuseeland zurück nach Niue kam und dort erstmal mühsam das *Vagahau* erlernen musste. Vakaafi bedauerte, dass sich vor allem junge Niueaner im Ausland schämten, das *Vagahau* zu benutzen und lieber Englisch sprächen. Hier müsste ein Umdenken stattfinden, forderte Vakaafi.

Auf Niue leben nur noch 1.600 Bewohner, 30.000 Niueaner sind ins Ausland abgewandert, ein großer Teil davon nach Neuseeland. Das erschwere den Erhalt der einheimischen Sprache, bedauerte Dr. Robert Early, Leiter der Abteilung für Sprachen und Sprachwissenschaft an der *University of the South Pacific* in Fidchi. Er beglückwünschte in seinem Beitrag auf der Konferenz die Menschen, die sich vor Ort und auch im Ausland für den Erhalt des *Vagahau* einsetzten. Soziale Medien wie Facebook sowie Internet-Lernplattformen wie z.B. <http://vagahauniuetrust.com/> oder <http://learnniue.co.nz/> könnten

beim Erlernen, dem Erhalt und der Modernisierung der Sprache unterstützen, erläuterte der Professor. (*Radio NZ Intern.* 16.04.17)

Chinesische Gelder für Straßen

Niue: Die Straßen auf der Insel Niue sollen mit chinesischer Unterstützung Instand gesetzt werden. Derzeit kontrollieren chinesische Bauingenieure und Berater den Zustand der Straßen, geplanter Renovierungstermin ist Dezember 2018. Premierminister Sir Toke Talagi rechnet mit Baukosten in Höhe von knapp 14 Millionen US-Dollar. Das Geld ist bereits da, denn Niue konnte in den letzten zehn Jahren die jährlich von China geleisteten Entwicklungshilfezahlungen nicht voll nutzen, erläuterte der Premierminister. So habe man nun genug angespart, um mehrere Infrastrukturprojekte gleichzeitig anzugehen. So müsste das Abwassersystem der Insel modernisiert werden sowie das Auffangsystem für Regenwasser. Außerdem müssten alle Stromgeneratoren gewartet sowie die alten Stromleitungen ersetzt werden. (*Radio NZ Intern.* 23.05.17)

Landwirte erhalten indische Unterstützung

Cook-Inseln: Die Vereinigung der Landwirte in den Anbaugebieten von Avatiu, Ruatonga, Atupa und Panama (*ARAP Growers Association*) auf der Insel Rarotonga ist von der indischen Regierung mit 35.000 US-Dollar für den Kauf eines Baggers und eines Anhängers unterstützt worden. Mit dem schweren Gerät können künftig die Taro-Knollen einfacher ausgegraben und transportiert werden. Auch soll der Bagger beim Ausheben von Gräbern zum Einsatz kommen, wie Diakon Tutavake Tutai erklärte. Er segnete die Maschinen vor ihrem ersten Einsatz auf den Feldern.

Die Vereinigung der Landwirte will nun ein bezahltes Entleih-System entwickeln, um die Betriebs- und Unterhaltskosten für den Bagger bezahlen zu können. (Cook Islands News 19.04.17)

Forschungsschiff kartographiert Tiefsee

Cook-Inseln: Zwei Monate lang wird das amerikanische Forschungsschiff „Okeanos Explorer“ im Auftrag der Regierung der Cook-Inseln die Tiefsee im *Marae Moana Marine Park* zwischen Amerikanisch-Samoa und den Cook-Inseln vermessen und Daten erheben.

Das Schiff der *National Oceanic and Atmospheric Administration* (NOAA) ist 68 Meter lang und kann bis zu 46 Menschen beherbergen. Am Bord ist auch ein *Remotely Operated Vehicle* (ROV, ein Tauchroboter), mit dem sich computernavigiert der Meeresboden untersuchen lässt. Damit sollen u.a. Unterwasservulkane, ein Hochplateau in der Tiefsee sowie die Ebene untersucht werden. Außerdem sollen Gesteinsproben sowie Proben von Pflanzen und Tieren entnommen werden.

Ziel der umfangreichen Vermessung ist die Gewinnung von Daten über den Zustand im Marine-Nationalpark. Diese sollen als Grundlage für die weitere Planung in Bezug auf das unter Schutz stehende Gebiet in den Hoheitsgewässern der Cook-Inseln dienen.

Info: Die „Okeanos“ (benannt nach dem altgriechischen Gott des Meeres) ist mit Kameras für hochauflösende Bilder und anspruchsvollen Geräten wie 3-D-Sonar-Kartierungssystemen ausgestattet. Das Schiff ist mit einem auffälligen Satellitendom mit 3,7 Meter Durchmesser ausgerüstet, der auf einem Mast installiert ist. Die Kameras bieten eine Echtzeit-Beobachtung des Meeresbodens für Wissenschaftler und die Öffentlichkeit. Dies ist eine Pionierarbeit für das, was die NOAA *telepresence technology* („Fern-

anwesenheitstechnologie“) nennt. Die Okeanos Explorer ist das einzige Schiff der US-Regierung, das sich der Erkundung des Meeresbodens und der ozeanischen Erdkruste widmet.

(Cook Islands News 20.04.17, <http://oceanexplorer.noaa.gov/okeanos/welcome.html>)

Fischfang nur noch für Familienbetriebe

Cook-Inseln: Das Parlament der Cook-Inseln will über eine Gesetzesvorlage abstimmen, demnach in einer 50 Meilen-Zone rund um jede Insel des polynesischen Staates nur Fischfang auf regionaler Ebene betrieben werden darf. Die Gewässer in Küstennähe sollen laut dieser Gesetzesvorlage den einheimischen Fischern vorbehalten werden, die Fischfang als Form der Subsistenzwirtschaft betreiben und Überschüsse auf dem lokalen Markt anbieten. Kommerzielle Fischfangflotten sollen nur noch das Gebiet zwischen der 50 Meilen-Schutzzone und dem 200 Meilen Umkreis der Exklusiven Ökonomischen Zone nutzen dürfen.

Ähnliche Initiativen gibt es derzeit seitens der Föderierten Staaten von Mikronesien. Sie planen die Einführung einer 24 Meilen-Schutzzone rund um die Inseln. Die Marshall-Inseln haben bereits seit längerem eine 50-Meilen-Schutzzone rund um die Atolle Kwajalein und Majuro eingerichtet. Hier denkt die Regierung darüber nach, diese Schutzzonen auch auf andere Inseln auszuweiten. (Marshall Islands Journal 31.03.17)

FRZ.-POLYNESIEN

Kräfteverschiebung bei frz. Parlamentswahl

Bei den französischen Parlamentswahlen am 3. und 17. Juni hat sich ein neues Kräfteverhältnis der führenden lokalen Parteien manifestiert, denn die Unab-

hängigkeitspartei *Tavini Huiraatira-UPLD* des früheren Präsidenten Oscar Temaru gewann erstmals einen der drei Abgeordnetensitze des Landes in der Pariser Nationalversammlung, während die beiden anderen nun der Partei *Tapura Huiraatira* des amtierenden Präsidenten der Landesregierung Edouard Fritch angehören. Die ehemals allmächtige Partei *Tahoeraa Huiraatira* des langjährigen Präsidenten Gaston Flosse, die bei der letzten Abgeordnetenwahl 2012 alle drei Sitze gewonnen hatte, verlor dagegen den letzten ihr verbliebenen Abgeordneten, nachdem die beiden anderen vor zwei Jahren zu Fritchs Partei übergelaufen waren. Wie bei gesamtfranzösischen Wahlen üblich, lag die Wahlbeteiligung landesweit mit 42,07 % in der ersten und 47,21 % in der zweiten Wahlrunde recht niedrig.

Im Ersten Wahlkreis (Gemeinden Papeete, Pirae und Arue auf Tahiti sowie die Insel Moorea und die Tuamotu- und Marquesas-Inseln) führte die Mandatsinhaberin Maina Sage (Tapura) bereits im ersten Wahlgang mit 45,94 % der Stimmen deutlich vor dem Kandidaten der *Tahoeraa*, Moana Greig (26,02 %), während der ehemalige Senator Richard Tuheiva (Tavini-UPLD) mit 16,06 % nur auf den dritten Platz kam, da ihm Tauhiti Nena, der sich von der *Tavini-UPLD* abgespalten und eine eigene Splitterpartei gegründet hatte, Konkurrenz gemacht hatte und auf immerhin 6,98 % kam. Mit 68,36 % setzte sich Sage in der Stichwahl klar gegen Greig durch.

Im zweiten Wahlkreis (ländliche Gemeinden auf Tahiti sowie die Austral-Inseln) führte die *Tapura*-Kandidatin Nicole Sanquer ebenfalls im ersten Wahlgang mit 37,60 %, während die Kandidatin der *Tahoeraa* Teura Iriti mit 24,06 % deutlich schwächer dastand. Der Amtsinhaber Jonas Tahuaitu (*Tahoeraa*) war nicht wieder angetreten. Ähnlich wie im ersten Wahlkreis kam die Kandidatin der *Tavini-UPLD*, Tina Cross, mit 17,32 % nur auf den dritten Platz,

während der unabhängige Tepuaurarii Teriitahi mit 13,08 % vierter wurde. In der Stichwahl gewann Sanquer mit stattlichen 64,18 % klar gegen Iriti.

Die größte Überraschung bot sich dagegen im dritten Wahlkreis (Gemeinden Faa und Punaauia auf Tahiti und die Inseln Unter dem Wind), wo der Mandatsinhaber Jean-Paul Tuaiva (*Tapura*) ebenso nicht wieder angetreten war. In der ersten Wahlrunde lag der Kandidat der *Tapura*, Patrick Howell, mit 33,40 % ebenso wie in den beiden anderen Wahlkreisen deutlich vorne, doch zweitbesten wurde nicht der *Tahoeraa*-Kandidat Vincent Dubois (27,57 %) sondern der Kandidat der *Tavini-UPLD*, Moetai Brotherson, mit 30,11 %. Im zweiten Wahlgang wendete sich dann überraschend das Blatt und nachdem Dubois Brotherson seine Unterstützung zugesagt hatte, gewann letzterer mit 52,50 % knapp aber deutlich den Sitz gegen Howell.

Die Analyse der Wahlergebnisse lässt darauf schließen, dass ein neuer Zyklus im ewigen Auf und Ab der lokalen Parteienlandschaft stattfindet. Fritchs Regierungspartei *Tapura Huiraaatira*, aus einer Abspaltung der *Tahoeraa* nach internen Querelen zwischen Flosse und Fritch 2014 entstanden, hat bewiesen, dass sie nicht nur eine parlamentarische Mehrheit hält, sondern auch starke Unterstützung in der Wählerschaft genießt. Dies hatte sich schon bei der Präsidentschaftswahl im Mai gezeigt, als der von der *Tapura* unterstützte gaullistische Kandidat François Fillon in der ersten Runde eine deutliche Mehrheit der Stimmen in Französisch-Polynesien gewann.

Der Flosse treu gebliebene Rest der *Tahoeraa* ist dagegen wieder einmal auf ein historisches Tief geschrumpft. Da die *Tahoeraa* bei der Präsidentschaftswahl Marine Le Pen unterstützt hatte und diese in Französisch-Polynesien mit 32,54 % im ersten und 41,61 % im zweiten Wahlgang ein ungewöhnlich hohes Ergebnis er-

zielt hatte, hatte sich Flosse falsche Hoffnungen auf einen Aufschwung seiner Partei gemacht, dabei jedoch ignoriert, dass die *Tavini-UPLD* die Präsidentschaftswahl boykottiert hatte, und deswegen Le Pens Stimmen nicht prozentual als Stimmen der *Tahoeraa* gerechnet werden konnten.

Überraschender Profiteur des Machtkampfes zwischen *Tapura* und *Tahoeraa* wurde Temarus Unabhängigkeitspartei *Tavini-UPLD*, die nun zum ersten Mal überhaupt in der französischen Nationalversammlung vertreten ist. Während sich Temaru im Hintergrund hielt, konnte sich während des Wahlkampfes Brotherson als sein möglicher Nachfolger an der Parteispitze profilieren. Im Gegensatz zu dem idealistischen, aber nicht immer praktisch denkenden Temaru und dem mit Korruptionsvorwürfen belasteten Tuheiava ist Brotherson ein praktisch orientierter Intellektueller, der sich sowohl durch hohe moralische Integrität als auch politisches Geschick auszeichnet. Schon am Wahlabend kündigt er an, sich in Paris für ein Gesetz zum Berufsverbot für alle Politiker, die der Korruption überführt wurden, einzusetzen - ein Schritt, der gerade in Französisch-Polynesien dringend notwendig wäre.

Mit Frankreichs neuem Präsidenten Emmanuel Macron sind alle drei Abgeordneten bereit zusammenzuarbeiten. Während Sage und Sanquer darauf hoffen, die von Fritchs Regierung mit Macrons Vorgänger François Hollande begonnenen Verhandlungen zum sogenannten Abkommen von Pape'ete weiterzuführen, um dem Land geringfügig mehr Autonomie zu geben und weitere Pariser Finanzhilfen zuzusichern, hofft Brotherson darauf, dass Macron, der im Wahlkampf Frankreichs frühere Kolonialpolitik als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet hatte, bereit sein könnte, anders als Hollande mit der UNO zusammenzuarbeiten, um die Ent-

kolonisierung des Landes voranzutreiben. (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, *Hawai'i. Tahiti Infos*)

HAWAI'I

Rückkehr der *Höküle'a* nach Weltumsegelung

Das berühmte hawaiische Doppelrumpfbboot *Höküle'a*, mit dessen Jungfernfahrt 1976 von Hawai'i nach Tahiti ohne Benutzung moderner Navigationsinstrumente die Renaissance traditioneller polynesischer Navigation begann, ist Anfang Juni von seiner dreijährigen Weltumsegelung nach Hawai'i zurückgekehrt.

Auf der Mitte 2014 begonnenen Fahrt, die ausschließlich mit Mitteln der traditionellen Navigation bewerkstelligt wurde, legte die *Höküle'a* mehr als hundert Häfen an und besuchte in Reihenfolge Tahiti, die Cook-Inseln, Samoa, Tokelau, Tonga, Aotearoa (Neuseeland), Australien, Indonesien, die Cocos-Keeling-Inseln, Mauritius, Mosambik, Südafrika, St. Helena, Brasilien, die Jungferinseln, Kuba, die Ostküste der USA und Kanadas, Panamas, die Galapagos-Inseln, Rapa Nui, Pitcairn und die Marquesas-Inseln. Der Sicherheit halber wurde die *Höküle'a* von ihrem Schwesterschiff *Hikianalia* begleitet, welches ebenfalls ein Doppelrumpfbboot polynesischen Stils ist, anders als erstere aber über einen Motor und moderne Kommunikationstechnologie und Navigationsinstrumente verfügt.

Neben der Demonstration polynesischer Navigationskunst und anderer Kulturelemente bemühte sich die Besatzung der beiden Schiffe in den Gastländern vor allem darum, auf globale Umweltprobleme aufmerksam zu machen und insbesondere für den Schutz der Meere zu werben. Die Weltumsegelung stand deshalb unter dem Motto *Mālama Honua* („Pfleger der Erde“ oder „Verantwortung für die Erde“).

Zum Empfang der beiden heimgekehrten Boote am Yachthafen von Ala Moana in Honolulu waren nicht nur zehntausende Besucher in den Strandpark von Ala Moana gekommen, sondern es hatten sich auch vier weitere in Hawai'i im traditionellen Stil gebaute hochseetüchtige Katamarane, *Nāmāhoe* aus Kaua'i, *Mo'okiha o Pi'ilani* aus Maui, *Makali'i* von der Großen Insel Hawai'i und *Hawai'iloa*, dort eingefunden. Außerdem waren zwei ähnliche neotraditionelle Doppelrumpfboote von anderen Archipelen, *Okeanos* von den Marshall-Inseln und *Faafaite* aus Tahiti, gekommen, so dass es sich um eine regelrechte ‚Familienfeier‘ ozeanischer Katamarane handelte.

Nach langen Empfangszeremonien, zu denen verschiedene Honoratioren, u.a. der Gouverneur des US-Bundesstaats Hawai'i David Ige, Honolulus Bürgermeister Kirk Caldwell und der Direktor des *Office of Hawaiian Affairs*, Kamana'o pono Crabbe, gekommen waren, ehrte Nainoa Thompson, der erste in moderner Zeit traditionell ausgebildete hawaiische Navigator, der der *Polynesian Voyaging Society* (PVS, der Vereins, der die Weltumsegelung organisiert hatte) vorsteht, in einer Rede die zahlreichen vorangegangenen Navigatoren, Seeleute, Künstler und Wissenschaftler, die in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren die praktisch verlorengegangene traditionelle Navigation Ozeaniens wiederbelebt hatten. Anwesend war auch der deutsche Mäzen Dieter Paulmann, der die PVS sowie zahlreiche ähnliche Vereine zur Wiederbelebung der traditionellen Navigation auf anderen Inseln Ozeaniens mitfinanziert.

Trotz all dieser Erfolge gab es aber auch Kritik an der Art und Weise, wie die Weltumsegelung durchgeführt wurde. Einige Beobachter meinten, das Ganze sei schlecht geplant gewesen und man hätte lieber noch ein paar Jahre warten sollen. So wurde beispielsweise das fehlende politische Bewusstsein vieler

Crewmitglieder bemängelt, da die *Hōkūle'a* auf weiten Teilen der Strecke eine amerikanische Flagge über der hawaiischen gehisst hatte, eine skandalöse Anbiederung an die Besatzungsmacht, gegen die u.a. eine von hundert Menschen unterzeichnete Petition im Internet zirkulierte.

Kritisiert wurde auch die Streckenführung außerhalb des Pazifiks, die sich auffällig häufig innerhalb des westlichen Kulturkreises bewegte (dutzende Häfen wurden beispielsweise in Australien und Nordamerika angelaufen) während in Ländern des globalen Südens nur die typisch von Touristen besuchten Orte auf dem Reiseplan standen. Warum beispielsweise in Südostasien, dessen mit den Polynesiern eng verwandte austronesischsprachige Bevölkerung gerade auf abgelegeneren Inseln bis heute ähnliche Navigationstechniken benutzt, einzig die Insel Bali angelaufen wurde, und warum dann im Indischen Ozean das ebenfalls austronesische Madagaskar nicht angefahren wurde, scheint unerklärlich.

Außerdem geriet die *Hōkūle'a* in einen weiteren Skandal, da sie das tokelauische Atoll Olohega (Swains) auf Einladung einer heute dort lebenden amerikanischen Siedlerfamilie besuchte, ohne sich scheinbar bewusst zu sein, dass ebendiese Familie die indigene Bevölkerung des Atolls erst versklavt und dann vertrieben hatte, so dass letztere bis heute als Flüchtlinge in Hawai'i leben muss. Hätten sich die Mitglieder der PVS intensiver auf die Weltreise vorbereitet und systematischer an ihrer eigenen „geistigen Entkolonisierung“ (decolonisation of the mind) gearbeitet, hätten solche Skandale verhindert werden können.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Hawai'i. Eigene Beobachtung, Website der Polynesian Voyaging Society www.hokulea.com; Hawai'i News Now)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neuer Außenminister

Gerard Anthony („Gerry“) Brownlee von der *New Zealand National Party* ist seit dem 2. Mai neuer Außenminister von Neuseeland. Er folgt auf Murray McCully, der das Amt seit acht Jahren innehatte.

Brownlee (Jahrgang 1956) ist langjähriges Parlamentsmitglied aus Christchurch. Er ist seit 2011 Minister für Transport. Damit ist er auch zuständig für den Wiederaufbau der Stadt nach den schweren Erdbeben in den Jahren 2010, 2011 und 2016.

(Radio NZ Intern. 24.04.17, <https://gerrybrownlee.national.org.nz/>)

25-jähriges Jubiläum

Am 25. und 26. März jährte sich in diesem Jahr zum 25. Mal das „Pasifika Festival“ im Western Spings Lakeside Park von Auckland. Das Festival war 1992 aus einer gemeinsamen Initiative einer Bürgerbewegung und des *Auckland City Council* entstanden. Mitgründer Roy Vaughan erklärte, man habe damals nach einer geeigneten Plattform gesucht, um die „einheimischen“ Bürger Aucklands mit den nach Neuseeland immigrierten Pazifikinsularen in Kontakt zu bringen. Aus den anfänglich 10.000 Besuchern des zweitägigen Festivals sind inzwischen etwa 60.000 bis 100.000 Besucher geworden. Neben Modenschauen, Theateraufführungen, Konzerten und Lesungen gibt es auch einen Markt mit pazifischen Kunsthandwerkerprodukten sowie typischen Gerichten aus Ozeanien. Dazu reisen auch Standbetreiber aus den pazifischen Nachbarstaaten eigens nach Auckland. In diesem Jahr nahmen über 60.000 Besucher an den 220 Veranstaltungen teil. (Radio NZ Intern. 23.03.17, <https://www.aucklandnz.com/pasifika>)

Rückgabe von Walzähnen an Fidschi

Das neuseeländische *Department of Conservation* (DOC) hat 146 Walzähne (*tabua*) an die Regierung von Fidschi zurückgegeben. Dazu waren Mitarbeitende des DOC nach Suva geflogen, wo die Walzähne in einer feierlichen Zeremonie an den fidschianischen Premierminister Frank Bainimarama übergeben wurden.

Die Walzähne waren in den letzten 15 Jahren vom neuseeländischen Zoll konfisziert worden. *Tabua* dürfen nicht ohne Exportgenehmigung aus Fidschi ausgeführt werden, denn sie fallen unter den Schutz des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES). Das fidschianische Umweltministerium hat gemäß der CITES-Angaben den offiziellen Export von Walzähnen auf 255 Stück pro Jahr beschränkt.

Früher waren die polierten Walzähne vom Zoll zerstört worden, doch seit Anfang der 1990er Jahre hatte der Zoll auf Bitten der fidschianischen Regierung die konfiszierten Zähne aufbewahrt. Da viele der Walzähne seit Generationen in den Familien weitergegeben werden, konnten die 146 zurückgegebenen Zähne genau identifiziert und an ihre entsprechenden Besitzer zurückgegeben werden.

Info: Ein *Tabua* ist ein polierter Zahn eines Pottwales. Er wird meist als Anhänger einer Halskette getragen und wird innerhalb der Familien als Geschenk zu bedeutenden Lebensereignissen wie Hochzeiten und Geburten weitergegeben. *Tabuas* gelten auch als Verhandlungsgegenstand bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen verfeindeten Klänen. Ein *Tabua* kann auch als Zeichen besonderer Dankbarkeit oder als Respektbezeugung an Nicht-Familienmitglieder weiter verschenkt werden. Ein Reliefabdruck eines *Tabuas* befindet sich auf der 20 Cents -Münze Fidschis. (*Radio NZ Intern. 29.05.17*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

UN-Sonderbeauftragte besucht Westpapua

Westpapua: Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Gesundheit, der Arzt Dr. Dainius Pūras, besuchte vom 22. März bis zum 3. April 2017 Indonesien. Er rief die Regierung dazu auf, die Budgetvergabe für Gesundheit im nationalen Haushaltsplan zu erhöhen. *„Aber mehr Investition in das Gesundheitswesen ist nur sinnvoll, wenn das System an sich effizient, transparent, verantwortlich und reaktionsstark in Hinblick auf die Bedürfnisse der Nutzer ist,“* so der gebürtige Litauer Pūras.

Indonesien sei auf dem richtigen Weg, ein gerechtes und nachhaltiges Gesundheitssystem zu entwickeln, das auf flächendeckende Gesundheitsversorgung hinzielt, so das Fazit des Sonderbeauftragten am Ende seines ersten offiziellen Besuchs im Land. Er mahnte jedoch an, dass ehrgeizige Ziele nur erreicht werden können, wenn man sich den bestehenden Herausforderungen stellt.

Der Gesundheitsexperte wies darauf hin, dass es weiterhin rechtliche und praktische Hindernisse für den Schutz sexueller und reproduktiver Gesundheitsrechte gibt. Frauen und andere Bevölkerungsgruppen sind häufig unterschiedlichen Formen der Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Indonesien habe eine relativ geringe HIV und Aids-Prävalenz. Die Zahl der Neuinfektionen steige jedoch bei bestimmten Bevölkerungsgruppen. Diese Menschen leiden immer noch unter Stigmata und Diskriminierungen, auch in der Gesundheitspflege, so Pūras. *„Ich bin beunruhigt über den Gesundheitsstatus indigener Papuas. Die Wahrscheinlichkeit,*

an HIV und Aids zu erkranken, ist bei ihnen doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung und die Zahl der Neuinfektionen steigt,“ sagte er. Pūras rief dazu auf, dass alle beteiligten Akteure sich für mehr Vertrauen zwischen den Dienstleistern und Nutzern einsetzen, so dass die Behandlungen und Dienste besser zugänglich sind und auf kulturell sensiblere Weise fungieren.

Der Sonderbeauftragte, der in Vilnius als Professor eine Kinderpsychiatrie leitet, wird vor dem UN-Menschenrechtsrat im Juni 2018 einen ausführlichen Bericht zu seinem Besuch in Indonesien vorstellen.

(<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=21476&LangID=E>, www.westpapua-netz.de)

Pazifikstaaten mahnen Menschenrechte in Westpapua an

Brüssel: Vanuatu, die Salomonen, Tonga, Tuvalu, Nauru, Palau und die Marshall-Inseln haben am 3. Mai eine gemeinsame Erklärung zur Menschenrechtssituation in Westpapua beim Treffen des Ministerrates der 79 AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) in Brüssel eingereicht.

Die Erklärung wurde live vor dem Rat verlesen von Johnny Koanapo, dem parlamentarischen Staatssekretär im Büro des vanuatischen Premierministers. In der Erklärung bezeichnen die sieben pazifischen Unterzeichnerstaaten die Annexion Westpapas durch Indonesien als „Akt der Kolonisierung“. Westpapua sei von einem Kolonialherren (Niederlande) zum anderen (Indonesien) weitergereicht worden, ohne den Wunsch der Papuas nach Unabhängigkeit bzw. Selbstbestimmung zu berücksichtigen. Die Pazifikstaaten fordern für die papuanische Bevölkerung das Recht auf politische Selbstbestimmtheit ein und verleihen ihrer Sorge über die indonesischen Menschenrechtsverletzungen klar Ausdruck.

Die Pazifikstaaten äußerten zudem ihre Hoffnung, der AKP-Ministerrat möge bei seinem nächsten Treffen im November 2017 eine offizielle Erklärung zu Westpapua abgeben. (AKP Pressemitteilung 06.05.17)

ULMWP-Vertreter besucht Parlament von Uganda

Jacob Rumbiak, geschäftsführender Direktor der Bewegung für ein freies Papua (*United Liberation Movement for West Papua*, ULMWP), hat sich in Uganda mit dem stellvertretenden ugandischen Parlamentssprecher Jacob Oulanyah getroffen, um Uganda und weitere afrikanische Staaten um Unterstützung in der Westpapua-Frage zu bitten. Rumbiak erklärte, man hoffe, Uganda werde die Bemühungen der ULMWP nach Unabhängigkeit unterstützen und ihre Anfragen nach einer Wiederaufnahme des Entkolonisierungsverfahrens bei den Vereinten Nationen unterstützen.

Oulanyah betonte, man werde sich für eine UN-Resolution in der Westpapua-Frage einsetzen und auch andere ostafrikanische Länder über Westpapua informieren, jedoch respektiere Uganda die inneren Angelegenheiten Indonesiens. Man werde sich die wirtschaftlich wichtigen freundschaftlichen Beziehungen zu Indonesien nicht verderben, hieß es weiter. (*The New Vision Uganda* 02.05.17)

Neuer Präsident

Timor-Leste: Am 20. März 2017 gingen Timoresinnen und Timoresen zur Wahlurne, um zum vierten Mal ihre Stimme für einen neuen Präsidenten der unabhängigen Demokratischen Republik Timor-Leste abzugeben. Der ehemalige Guerilla-Kämpfer Francisco „Lu-Olo“ Guterres konnte 57 % der Stimmen für sich gewinnen und wird somit Präsident Timor-Lestes werden. Sein Kontrahent António da Conceição von der Demokratischen Partei

(PD) bekam 32 % der Stimmen. Durch dieses klare Ergebnis war keine Stichwahlrunde nötig.

Lu-Olo ist Mitglied der Partei FRETILIN und wurde von Xanana Gusmão, dem ehemaligen Premierminister und „Vater der Nation“, im Wahlkampf unterstützt. Gusmãos Partei CNRT und FRETILIN zeigen somit hinsichtlich des neuen Präsidenten Einigkeit, wie auch durch die seit 2015 bestehende Koalition der „nationalen Einheit“ dieser beiden Parteien. Mit Lu-Olo besetzt erneut ein ehemaliger Unabhängigkeitskämpfer ein hohes politisches Amt. Lu-Olo ist, wie Xanana Gusmão, Teil der „Generation 75“, der alten Generation, die Teil eines schwelenden Generationenkonflikts ist.

Diese Präsidentschaftswahl war die erste Wahl, die ohne internationale Hilfe organisiert wurde. In einer Presseerklärung der EU-Wahlbeobachtungsmission (EU EOM) heißt es, dass die Wahlen geheim, frei und meist transparent stattfanden. Die Atmosphäre war friedlich und Gewalt nur vereinzelt zu verzeichnen. Die timoresische Nichtregierungsorganisation *Belun* registrierte 41 kleinere Vorfälle vor und während der Wahl, sechs davon gewalttätig, während die meisten symbolischer Natur waren (Verbrennen von Flaggen, Beschädigung von Wahlplakaten, etc.).

Das Amt des Präsidenten in Timor-Leste ist neben seinem Voterecht weitestgehend symbolisch. Die politisch weitaus wichtigeren Parlamentswahlen finden im Juli 2017 statt. (Artikel von Dr. Janina Pawelz, *Deutsche Osttimor Gesellschaft*)

AUSTRALIEN

Umweltpreis an 83-jährige Bäuerin

Die 83-jährige Farmbesitzerin Wendy Bowman aus dem Hunter Valley im Bundesstaat New South Wales ist eine der Preisträgerinnen des diesjährigen *Goldman Environmental Prize*. Die seit 1984 verwitwete Wendy Bowman, deren angeheiratete Familie seit 1798 Viehwirtschaft im Hunter Valley betreibt, hat sich erfolgreich gegen die weitere Expansion von drei Kohleminen im Umkreis ihrer Farm gewehrt. Die von dem chinesischen Bergbaukonzern Yancoal betriebenen Kohleminen im Tagebergbau rund um das nahezu verlassene Dorf Camberwell sollten vergrößert werden. Bowman ging vor Gericht und erreichte 2014 den richterlichen Beschluss, dass die Minen nur vergrößert werden können, wenn die Familie Bowman ihr Land freiwillig an den chinesischen Konzern verkauft. Das verweigerte Bowman bislang erfolgreich. Sie schaffte es zudem, die Bewohner des Hunter Valley für das Thema zu interessieren und organisierte Proteste und Aktionen gegen den Tagebergbau in diesem traditionellen Weinanbaugebiet. Mittlerweile ist die Farm von Wendy Bowman an drei Seiten von oberirdischen Minen umschlossen.

87 % der Bewohner von Camberwell haben das Dorf inzwischen verlassen und sind weggezogen. Bowman schlug alle Käufer-Angebote aus, obwohl ihr nach eigenen Angaben hohe Geldsummen für den Verkauf des Betriebes geboten wurden.

Info: Der *Goldman Environmental Prize* ist ein mit 150.000 US-Dollar dotierter Umweltschutz-Preis. Er wird seit 1990 jährlich an sechs „Umwelt-Helden“ der Graswurzelbewegung vergeben. Honoriert wird jeweils ein Preisträger aus Afrika, Asien, Europa, von Inseln und Inselstaaten, aus

Nordamerika sowie aus Süd- und Zentralamerika. Zusätzlich zu dem Geldpreis erhält jeder Preisträger eine Bronzeplastik, die den Ouroboros (eine Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beißt) darstellt. Gestiftet wurde der Preis von dem US-amerikanischen Unternehmer Richard Goldman (Goldman Insurance Services) und seiner Frau Rhoda. (Pressemitteilung 24.04.17, <https://www.theguardian.com/environment/video/2017/apr/24/australian-activist-wendy-bowman-wins-goldman-environmental-prize-video>, <http://www.goldmanprize.org/recipient/wendy-bowman/>)

Milliardär investiert in Luxus-Insel

Der australische Milliardär Lang Walker hat 140 Millionen AUS-Dollar in den Bau eines Luxushotels auf der privaten fidschianischen Insel Kokomo investiert. Das 6-Sterne-All-Inclusive-Hotel hat im April eröffnet.

Walker war als Tauchtourist nach Fidschi gekommen und hatte in den Gewässern vor der Küste der Insel Kadavu in der Eastern Division getaucht. Er war begeistert von der Unterwasserwelt und folgte dem Rat eines Freundes, auf der Insel Kokomo ein Hotel-Resort zu bauen. Statt der veranschlagten 30 Millionen AUS-Dollar hat der Milliardär jedoch inzwischen 140 Millionen in die Hotelinfrastruktur auf der nur per Boot oder Wasserflugzeug erreichbaren abgelegenen Insel gesteckt. Neben dem Hotel gibt es ein Wellness- und Spa-Gebäude sowie ein Restaurant. Obst und Gemüse werden im hoteleigenen Garten gezüchtet.

Die Anlage soll frisch Vermählten und Paaren einen Urlaub in absoluter Ruhe und Abgeschiedenheit ermöglichen. Aus persönlichem Interesse ließ Walker auch einen großen Familienbereich mit Spielzimmern bauen. Zudem gibt es einen Miniclub mit Animatoren und Betreuern für die Kinder im Alter bis zu 12 Jahren.

Das günstigste Zimmer, ein Doppelzimmer mit eigenem Pool, kos-

tet bei All-inclusive-Verpflegung 1.995 Dollar pro Nacht. Im Preis inbegriffen ist die Nutzung der Kosmetikanwendungen im Spa sowie die Nutzung aller Wassersport- und Tauchgeräte am Strand.

Info: Lang Walker ist Geschäftsführer der *Walker Corporation*, einem der größten Baudienstleister in Australien. Das Familienunternehmen wurde in den 1960er Jahren gegründet. Etliche renommierte Gebäude, wie etwa das Broadway Shopping Centre in Sydney oder die King Street Wharf in Sydney, stammen von Walker. Das Luxusresort auf Kokomo hat Walker nach Angaben von Hotelchefin Lynne Ireland aus rein persönlichen Gründen gebaut und nicht in seiner Funktion als Bauunternehmer. (*Fiji Times* 05.05.17, <http://www.kokomoislandfiji.com/Wikipedia>)

Verstärkter Nichtraucherschutz

Seit dem 1. Februar 2017 gelten in Queensland verschärfte Regelungen zum Schutz von Nichtrauchern und für die Sauberkeit im öffentlichen Raum. Das Rauchen ist jetzt in Nationalparks verboten sowie in einem Umkreis von 10 Metern rund um öffentliche Einrichtungen wie Picknicktische, Toilettenhäuschen, Grillstellen, Anlegestellen, Bootsrampen und Besucherinformationszentren.

(<https://www.health.qld.gov.au/public-health/topics/atod/tobacco-laws>)

SPORT

Tonga sagt Spiele ab

Tonga: Mitte Mai hat das Königreich Tonga die Ausrichtung der *Pacific Games* im Jahr 2019 abgesagt. Nach Angaben des tongaischen Sportministers ist es dem Staat aus finanziellen Gründen nicht möglich, die pazifischen Spiele auszurichten. Der hoch

verschuldete Staat müsste weitere Schulden machen und würde damit die ohnehin prekäre Wirtschaftslage existentiell bedrohen, hieß es aus Regierungskreisen. Premierminister 'Akilisi Pōhiva erklärte, die Ausrichtung der Spiele wäre ein „*costly mistake*“ (Zitat).

Der bereits in Angriff genommene Bau von Sportstätten soll jedoch wie geplant beendet werden. Derzeit wird an einem Golfplatz in Popua gearbeitet, das Stadion Teufaiva wird renoviert und die Sportstätten an der Tonga High School werden erneuert.

Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, wo die Spiele 2019 stattfinden werden. Im Gespräch ist bislang Französisch-Polynesien.

Info: Die letzten pazifischen Spiele fanden 2015 in Papua-Neuguinea statt. Damals nahmen 3.700 Athleten aus 24 pazifischen Staaten an den Wettkämpfen teil. (*Matangi Tonga* 17.05.17, *Wikipedia*)

Fidschi erinnert an historischen Sieg

Fidschi: Zur Erinnerung an die fidschianische Goldmedaille im 7er Rugby bei den Olympischen Spielen von Rio de Janeiro im letzten Jahr hat die *Reserve Bank of Fiji* eine Banknote sowie ein 50 Cents-Stück herstellen lassen. Die Banknote hat einen Wert von sieben Dollar und erinnert mit dieser ungewöhnlich „krummen“ Zahl an den Sieg des Nationalteams beim „Rugby Seven“, einer Spielart des traditionellen Rugbys, bei der nur 7 statt 15 Spieler antreten.

Die in Blautönen (angelehnt an das Blau der fidschianischen Flagge) gehaltene Dollarnote zeigt das Siegerfoto der erfolgreichen Mannschaft in Farbe. Auf dem 50 Cents-Stück steht auf der Vorderseite „FIJI“, auf der Rückseite ist ein Porträt des englischen Rugby-Trainers Ben Ryan eingraviert.

Zur Vorstellung der neuen Banknote kamen der Kapitän der Nati-

onalmannschaft, Osea Kolinisau, sowie der 44-jährige Trainer Ben Ryan eigens in die Hauptzentrale der fidschianischen Landesbank in Suva. Premierminister Voreque Bainimarama sagte, der ungewöhnliche Wert der 7-Dollar-Note Sorge dafür, dass sich der historische Sieg einer fidschianischen Rugby-Mannschaft bei Olympischen Spielen in das kollektive Gedächtnis der Nation eingraben werde. (*Fiji Times* 21.04.17)

„TOK BILONG PASIFIK“

Trommel als Papst-Geschenk

Vatikan: Bei seinem Besuch in Rom in Vatikan-City am 24. März überbrachte der fidschianische Präsident Jioji Konrote Papst Franziskus ein besonderes Geschenk: Eine traditionelle fidschianische Trommel (Lali), die aus dem Holz eines Mahagoni-Baumes geschnitzt wurde. Dieser Baum stand vor dem fidschianischen Regierungssitz und war während des tropischen Wirbelsturms *Winston* am 7. Februar 2016 umgestürzt.

Präsident Konrote war nach Rom eingeladen worden, um mit Papst Franziskus über die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die pazifischen Inseln zu sprechen. Außerdem ging es um die Verantwortung der Industrienationen beim Schutz des Pazifischen Ozeans, von dem die Bewohner Fidschis wie auch alle anderen Bewohner Ozeaniens abhängig sind. Konrote bat den Papst um Unterstützung für sein Land. Fidschi ist in diesem Jahr Gastgeber der 23. Weltklimakonferenz COP 23, die vom 6. bis 17. November in Bonn stattfindet. Papst Franziskus erklärte, die ethische Dimension des Klimawandels fordere alle Christen dazu auf, sich solidarisch mit den verletzlichen Kleininselstaaten zu zeigen und sie bei ihrem Kampf gegen die Klimawandelfolgen mo-

ralisch und auch rein praktisch zu unterstützen.

Zum Abschluss des Gesprächs sprach Präsident Konrote eine Einladung an den Papst aus, Fidschi zu besuchen. Der Papst re-vanchierte sich übrigens für die Lali mit Gegengeschenken, u.a. mit einem Porzellanteller, einer Plakette mit seinem Porträt sowie seiner Denkschrift „Laudato Si“, in der es u.a. um die Bewahrung der Schöpfung geht. (*Fiji Times* 27.02.17)

Urlaubsreise nach Frz.-Polynesien

Tetiara: Der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama und seine Frau Michelle haben im April eine vierwöchige Urlaubsreise nach Französisch-Polynesien gemacht. Das Paar verbrachte drei Wochen in dem Öko-Luxus-Resort „The Brando“ auf der Insel Tetiara (Anmerkung der Redaktion: Der amerikanische Schauspieler Marlon Brando lernte diese Insel während der Dreharbeiten zu „Die Meuterei auf der Bounty“ kennen und pachtete sie 1965 für 99 Jahre. Posthum wurde im letzten Jahr das Luxushotel eröffnet, von dem er zeitlebens geträumt hatte.) und segelte anschließend noch eine Woche mit seiner Privatyacht zu den Inseln Bora Bora, Huahine, Tahaa und Raiatea. Auf der Segelyacht waren zudem noch der amerikanische Schauspieler Tom Hanks, die Moderatorin Oprah Winfrey und der Sänger Bruce Springsteen. Alle drei sind mit den Obamas befreundet.

Den strengen Sicherheitsvorkehrungen zum Trotz kamen die Obamas und ihre prominenten Gäste auf den Inseln auch mit Einheimischen ins Gespräch.

Die Reise geschah ansonsten unter Ausschluss der medialen Öffentlichkeit. Einzig bekannt wurde, dass Barack Obama bei einem Stopp in Tahiti auch den amtierenden Präsidenten von Französisch-Polynesien, Eduard Fritch, zu einem informellen Erfahrungsaustausch traf. (*Radio NZ Intern.* 18.04.17, <https://thebrando.com/>)

Erste Aufladestation

Cook-Inseln: Die pazifikweit erste Ladestation für Elektrofahrzeuge nimmt am 3. Juli ihren zwei-monatigen Testbetrieb in Avarua (Rarotonga) auf. Installiert wird die Station von dem staatlichen Energieversorger Te Aponga Uira (TAU). TAU-Geschäftsführer Dallas Young sagte gegenüber der einheimischen englischsprachigen Tageszeitung *The Cook Islands News*, von außen her möge das TAU eine alte, verstaubte Behörde sein, doch drinnen arbeiteten helle Köpfe an Projekten zum Schutz der Umwelt gemäß des Firmenmottos „Powering the future“.

Da die Ringstraße um Rarotonga nur 32 Kilometer lang ist, ein vollgetanktes Elektroauto aber mit einer Stromladung bis zu 120 Kilometer fahren kann, müssten die Testfahrer auch nicht oft die Stromtankstelle aufsuchen, hieß es seitens der TAU. Der Energiezulieferer wagt den Testballon aufgrund der Zunahme von strombetriebenen Fahrzeugen auf Rarotonga.

Premierminister Henry Puna, zugleich Energieminister der Cook-Inseln, bedankte sich bei der TAU für diesen innovativen Vorstoß. Der Aufsichtsratsvorsitzende der TAU, Mata Nooroa, erklärte, man könne sich glücklich schätzen, dass man so einen engagierten Premier habe, dem die Umstellung auf erneuerbare Energien ein Herzensanliegen sei. (*Cook Islands News* 04.05.17)

Glas-Skulptur im UNESCO-Hauptquartier

Cook-Inseln: Eine Glasskulptur der Bildhauerin NiaVal Ngaro von den Cook-Inseln war anlässlich des Internationalen Frauentages Anfang März im Hauptquartier der UNESCO in Paris ausgestellt. Ngaro war eine von zwei Künstlerinnen aus der Region Asien-Pazifik, deren Werk im Foyer zu sehen war.

Die Skulptur zeigt eine im Taro-Garten arbeitende Frau und steht damit stellvertretend für die vielen Frauen, die im Pazifik durch Gartenarbeit die Ernährungsgrundlage der Familie sichern.

Premierminister Henry Puna äußerte sich mit Stolz zu dem Erfolg der Künstlerin. Es spreche für die Qualität der einheimischen Künstlerinnen und Bildhauerinnen, wenn eines der Werke an so exponierter Stelle gezeigt werde, erklärte der Premier. (*Cook Islands Star* 30.03.17)

Sauberste Luft

Salomonen: Laut des *Global Health Observatory 2017* der Weltgesundheitsorganisation

WHO haben die Salomon-Inseln die sauberste Luft weltweit. Selbst in den großen Städten sei die Kohlenstoffdioxidkonzentration in der Atemluft äußerst gering, heißt es in dem Bericht. Es seien kaum Feinstaubpartikel nachweisbar. Die Salomonen stehen damit an erster Stelle im Ranking der saubersten Luft, noch vor Neuseeland, Brunei Darussalam und Australien. (*SIBC* 17.05.17, <http://apps.who.int/gho/data/node.sdg.11-6-viz?lang=en>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Daniel Bergmann, FSJ-Kraft im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kirche lädt Prostituierte zu Austausch ein

Das Ministerium für Glauben hat am Freitag, den 31.03.2017 für Sexarbeiter in Lae ein gemeinsames Essen und ein inhaltliches Programm angeboten. Die von

Pfarrer Kenol Koropa geleitete Veranstaltung versuchte, die von der Gesellschaft vergessenen und an den Rand gedrängten Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren und ihnen zu zeigen, dass Gott auch sie im Blick hat. „*Off werden sie durch ihre Lebenssituation zu dem einzigen Ausweg als Sexarbeiter gezwungen*“, erklärt Koropa. Ein Teilnehmer der Gruppe bedankte sich im Namen aller und sagte, sie schöpften wieder Kraft und Hoffnung aus dem Glauben an Gott und versuchten, sich ein neues Leben aufzubauen. (*Post Courier* 04.04.17)

Bischof ruft zu einer bedachten Wahl auf

Im Hinblick auf die Wahlperiode vom 30. Juni bis zum 8. Juli in Papua-Neuguinea ermahnte der Bischof der United Church von Bougainville, Rev. Tim Arthur, die Bevölkerung, mit Bedacht zu wählen. Er forderte die Leute während eines besonderen Widmungsgebets für South Bougainvilles Parlamentsmitglied Timothy Masiu dazu auf, für Kandidaten zu stimmen, die rechenschaftspflichtig und transparent sind und für die moralische Werte im Vordergrund stehen. Außerdem sagte Arthur, dass die Leute die Autoritäten innerhalb der Regierung respektieren müssten. So sollte nach der Wahl die gewählte Person auch von allen Seiten respektiert und gewürdigt werden. (*The National Faith* 04.05.17)

Versammlung der Siebenten-Tags-Adventisten

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten hielt ihre Versammlung unter der Beteiligung von 200.000 Teilnehmern in Mount Hagen am Standort der *Western Highlands Mission* ab. Speziell begrüßt wurden der bekannte Evangelist Doug Batchelor und seine Frau als Gastredner. Die Teilnehmer kamen aus den ver-

schiedensten Regionen PNGs (z.B. aus den Western Highlands, Enga, Southern Highlands, Hela, Western, Jiwaka, usw.). Auch Oppositionsführer Don Polye sprach zu den Menschen und wies auf den Verlust von Gottesglauben im Land hin.

PNG sei ein Land mit 800 verschiedenen Sprachen und unterschiedlichen Kulturen, Gott sei die einzige gemeinsame Verbindung und diese müsse aufrechterhalten werden, mahnte er. (*The National Faith* 30.03.17)

ELC-PNG

Treffen der ELC-PNG Jugendleitenden

Bei einer einwöchigen Konferenz in Kundiawa (Chimbu Provinz) trafen sich 17 Jugendleitende der ELC-PNG aus unterschiedlichen Regionen von Papua-Neuguinea. Neben der Wahl des neuen nationalen Jugenddirektors (Martin Robert aus Goroka) besprachen sie vor allem aktuelle Fragen und Themen ihrer Jugendarbeit. Überall im Land seien die Probleme der Jugendlichen ähnlich, erklärte Reverend Apa Ali Dilu, der das Treffen eröffnete. Auch ein deutscher Mitarbeiter von Mission EineWelt, dem Zentrum für Entwicklung, Partnerschaft und Mission der Evang. Luth. Kirche in Bayern, war vor Ort. Mathias Troeger, der als Diakon seit mehreren Jahren in PNG Jugendarbeit leistet, leitete für die Jugendleiter einen Workshop in administrativen Angelegenheiten und Finanzbuchhaltung. Der einwöchige Workshop stattete die Jugendleiter mit neuem Wissen und Erkenntnissen zur Verbreitung des Evangeliums in der Jugend von PNG aus. (*The National Faith* 04.05.17)

Bibelcamp für Jugendliche zu Ostern

In der Gabmazung Primary School in Huon Gulf (Morobe Provinz) fand anlässlich des Os-

terfestes ein großes Bibelcamp für lutherische Schüler statt. Das Thema des diesjährigen Camps war: „Befreit durch Gottes Gnade“.

Mit ca. 6.000 Jugendlichen unterschiedlichen Alters wurde anhand der Bibel über inhaltliche Themen gesprochen, um ihnen den Glauben näherzubringen und sie innerhalb der Gesellschaft auf einen guten Weg zu bringen. Neben dem Jugenddirektor der ELC-PNG, Martin Robert, waren sowohl der Gouverneur des Morobe-Distrikts, Kelly Naru, sowie der Generalgouverneur von PNG, Bob Dadae, anwesend. Alle drei waren sich in ihren Ansprachen einig, dass Bibelstudien eine essentielle Rolle in der Erziehung von Kindern spielen und das Papua-Neuguinea das Wort Gottes benötigt.

Im nächsten Jahr wird eine Schule in Madang als Gastgeber für das Oster-Bibelcamp fungieren. *(The National Faith 20.04.17)*

RÖM.-KATH. KIRCHE

Neuer Bischof in der Kerema-Diözese

15 Bischöfe und 40 Priester nahmen an der Ordinationsfeier des aus den Philippinen (geb. 1970 in Manila) stammenden Bischofs Pedro Baquero Jr. am Samstag, den 25.03.2017, in der Holy Spirit Kathedrale in der Hauptstadt der Gulf Provinz Kerema teil. Durchgeführt wurde die Einsetzung in das kirchliche Amt durch Kardinal Sir John Ribat, den Erzbischof von Port Moresby.

Nachdem die Stelle des Bischofs in den letzten vier Jahren unbesetzt war, ist Baquero der vierte Bischof in diesem Amt. Der Gottesdienst wurde von Priestern und Schwestern unterschiedlicher Glaubensrichtungen sowie Freunden und seiner philippinischen Familie besucht. Angesichts der sehr andächtigen Atmosphäre wählte Erzbischof Franceso Panfilo die einst von Papst Franziskus gesprochenen Worte für den Weg des jungen Bischofs: „Sei einfach, unvorein-

genommen, arm und barmherzig in deinem Lebensstil“. Außerdem legte er ihm nahe, an den menschlichen Problemen seiner Gemeindemitglieder teilzuhaben, sie zu begleiten und zu unterstützen. *(The National Faith 30.03.17)*

Erzbischof kritisiert Rolle der Frau in PNG

Der Erzbischof der Mount Hagen Diözese, Douglas Young, sieht kulturelle Traditionen in PNG als Hindernis für die Gleichstellung von Frau und Mann an. Zum Abschluss der katholischen Frauenkonferenz in Wabag (Enga Provinz) erklärte Young, dass ein entwickeltes Land nicht auf Frauen, welche die Hälfte der Bevölkerung in Papua-Neuguinea ausmachen, herunterblicken dürfe. Er sagte, dass ein kluger und starker Mann nur in Zusammenarbeit mit seiner Frau Erfolg in PNG haben kann. Seiner Meinung nach sollte sich die Gesellschaft an der Rolle der Frau in der Bibel und am Vorbild von Jesus Christus orientieren. Frauen seien wichtig in der Entscheidungsfindung und müssten mit Respekt und Würde behandelt werden. Solange es keine gleichen Rechte für Frauen und Männer in PNG gebe, müssten die Frauen weiterhin protestieren und die Probleme direkt ansprechen, meinte er. *(The National Faith 27.04.17)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Missbrauchsvorwürfe erschüttern Erzdiözese

Guam: Die Anzahl der beim Bundesgericht gemeldeten sexuellen Übergriffe vom kirchlichen Klerus an Kindern ist in der Erzdiözese Hagatna auf Guam bis auf 50 Fälle angestiegen. Zum ersten Mal hat jetzt auch eine Frau eine Klage eingereicht. Sie behauptet, sie sei im Jahr 1965 von Priester Joe R. San Agustin missbraucht worden.

Im konkreten Fall von Erzbischof Anthony S. Apuron entscheidet der Vatikan über eine Amtsenthebung und weitere Maßnahmen im frühen Sommer bei einem kirchlichen Strafverfahren, da mittlerweile genug Beweise vorliegen sollen. Das Ansehen der katholischen Kirche ist in der Diözese durch die schweren Vorwürfe schwer geschädigt. Als Antwort darauf haben verschiedene katholische Priester und Kirchenmitarbeiter ein professionelles Beratungs- und Heilungsprogramm für Opfer von sexuellen Missbrauch innerhalb der Kirche eingerichtet. *(Pacific Islands Report 04.04.17)*

Ehemaliger christlicher Gouverneur von Jakarta zu zwei Jahren Haft verurteilt

Indonesien: Basuki Tjahaja Purnama, bekannt als "Ahok", ein Christ mit chinesischem ethnischen Hintergrund und ehemaliger Gouverneur von Jakarta, wurde für schuldig befunden und von einem Gericht in Jakarta zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Bezirksgericht in Nord-Jakarta beschuldigte den 51-Jährigen der Blasphemie, da er einen Vers des Korans falsch zitiert habe. Nicht nur die christliche Bevölkerung, sondern auch Menschenrechtsorganisationen im ganzen asiatischen Raum sind aufgrund des Urteils geschockt.

Die Justiz hat sich damit dem Druck der aktuellen politischen Situation und den extremen islamischen Gruppen gebeugt.

„Es ist eine sehr traurige Geschichte. Radikale islamische Gruppen haben dieses Urteil beeinflusst“, sagte der Sekretär der Kommission für interreligiösen Dialog der Bischofskonferenz in Indonesien. In einem Land, das durch Ausgrenzung von religiösen Minderheiten und einen radikalen Islam geprägt ist, ist dieses Urteil ein schwerer Schlag für diejenigen, die für Toleranz, Religionsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und eine gute Entwicklung des Landes kämpfen. *(fi-des.org 09.05.17)*

Diskussion über Regierungspläne, den Klerus Steuern zahlen zu lassen

Samoa: In Samoa hat der Plan des Premierministers Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi, Steuern auf die Gehälter und Gelder, die der kirchliche Klerus erhält, zu erheben, kontroverse Diskussionen innerhalb der Bevölkerung und der Kirche ausgelöst. Der Vorsitzende des *Nationalen Rats der Kirchen*, Kasiano Le'aupepe, bittet die Regierung, genau die Auswirkungen dieser Steuer zu beachten und den einzelnen Pfarrern mit ihren Gemeinden mehr Zeit zu geben, um sich auf die zusätzliche Geldbelastung vorzubereiten. Da kirchliche Mitarbeiter keine geregelten Arbeitszeiten haben, die unterschiedlichen christlichen Kirchen verschieden hohe Einnahmen haben und das von der Bevölkerung an den Klerus gegebene Geld im Namen Gottes ist, sieht er es als unfair an, einzelne kirchliche Vertreter dafür zu besteuern.

In der Bevölkerung wird von einer doppelten Besteuerung der Menschen und einem hohen Risiko der Korruption innerhalb der Kirchen gesprochen, da diese ihre Einnahmen als einzige wirklich überblicken.

Der Premierminister sieht die Kirche allerdings in der Pflicht, auch ihren Teil zur Entwicklung des Landes beizutragen, in diesem Fall mit Steuergeldern. (*Pacific Islands Report 03.05.17*)

Weltweit die höchste Anzahl an Mormonen

Tonga: Mit 64.000 Anhängern innerhalb des Königreichs hat Tonga die höchste Zahl an Mormonen im globalen Vergleich. Das sind knapp 60 % der Bevölkerung. Samoa, Amerikanisch-Samoa, Niue und die Cook-Inseln sind die anderen Länder im pazifischen Raum mit einem hohen Anteil an Gläubigen der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage. Allerdings ist anzumer-

ken, dass nur etwa 20 % der Gläubigen auch wirklich aktiv an der Kirche teilhaben. Viele sind auf dem Papier Mitglieder der Kirche, identifizieren sich aber nicht wirklich mit ihrer Kirche oder sympathisieren mit anderen Religionsgemeinschaften. (*Pacific Islands Report 04.05.17*)

Historische Friedens- versammlung der Muslime

Kosrae: Der als sehr christlich geltende östlichste Bundesstaat der Föderierten Staaten von Mikronesien, Kosrae, wurde von der muslimischen Ahmadiyya Gemeinde im Februar 2017 das erste Mal als Austragungsort für eine jährliche Friedenskonferenz genutzt. Nachdem die seit 2011 in Kosrae angesiedelte muslimische Gemeinde in der Vergangenheit mit vielen religiösen und gesellschaftlichen Anfeindungen zu kämpfen hatte, gilt die Friedenskonferenz als Zeichen des Friedens und der Hoffnung. Aus den vier Inseln Pohnpei, Kosrae, Majuro und Yap waren Vertreter vieler unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften sowie politische Amtsvertreter, unter anderem als besonderer Gast der australische Botschafter von Kiribati, anwesend. Das Hauptthema der Konferenz waren Friedensprojekte und der interkulturelle Austausch zwischen den Religionen und Kulturen. (*The Marshall Islands Journal 17.03.17*)

Streitkräfte lehnen den Aufruf der Methodistischen Kirche ab

Fidschi: Der Vorschlag der Evangelisch-Methodistischen Kirche Fidschis, das Land zu einem christlichen Staat zu machen, wurde von den Streitkräften des Landes vehement abgelehnt, da es ihrer Meinung nach ein Akt der Dominanz ist und nicht dem Zweck Jesu Christi dient. Die RFMF (Streitkräfte Fidschis) sagten, diese Aussagen hätten das Potenzial, das Wiederauftauchen

von Rassenproblemen zu provozieren, die in der Vergangenheit zu ethnischen Spannungen und Instabilitäten im Land geführt haben. In ihrer verfassungsmäßigen Rolle müssten sie sich um die Sicherheit und das Wohlergehen aller Bewohner Fidschis kümmern und nicht eine Religionsgemeinschaft bevorzugen. Außerdem betonten sie, dass alle christlichen Kirchen in Fidschi sich bemühen sollten, die Moral in der Gesellschaft zu stärken, indem sie christliche Werte der Liebe, des Opfers und der Integrität lehren und verbreiten. (*Pacific Islands Report 26.04.17*)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik.**
Evangelische Bank
IBAN: DE29520604100001030108
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

Australien Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • Marianas Variety • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Daily News • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Solomon Islands Broadcasting Association • Tahitipresse • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE

und
**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de